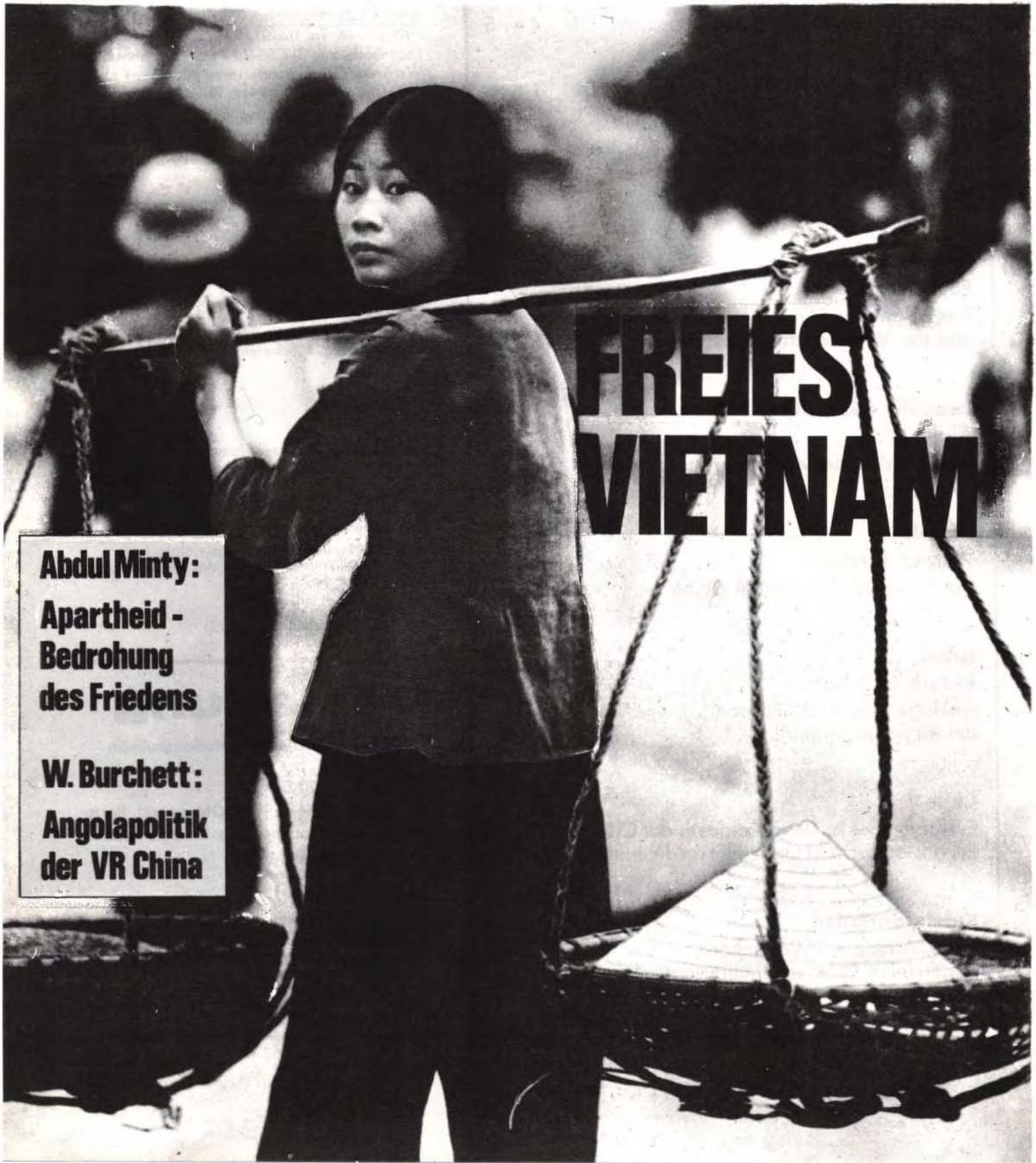




# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 5/1976  
1,50 DM



## FREIES VIETNAM

**Abdul Minty:  
Apartheid -  
Bedrohung  
des Friedens**

**W. Burchett:  
Angolapolitik  
der VR China**

# Inhalt

## AIB-Aktuell

Vietnam ein Jahr danach S. 3

## Vietnam

Karl Heinz Hagen  
Notizen von einer Reise  
durch den Süden Vietnams S. 4 – 5

## Korea

Wolfgang Ritter  
Der Kampf des koreanischen Volkes  
gegen die neokoloniale Herrschaft  
der USA (2. Teil) S. 6 – 10

## Guinea-Bissau

Paul Fauvet  
Die kolonialen Hinterlassenschaften  
und der Wiederaufbau des Landes S. 11 – 14

## Republik Südafrika

Abdul Minty  
Apartheid - eine Bedrohung des Friedens S. 15 – 22

## Angola

Wilfried Burchett  
Die Angolapolitik der VR China S. 23 – 27

## Israel

Rede Meir Vilners  
Anklage gegen das Pogrom  
der Regierung Rabin! S. 28 – 30

## Chile

Erklärung des Auslandskomitees der CUT  
zur ausländischen Finanzhilfe an die Junta S. 31 – 34

## Kurzinformation

Chile, Äthiopien, Westsahara,  
Argentinien unter der Militärjunta S. 34 – 36

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,  
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,  
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,  
Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Rolf R. Priemer,  
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,  
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner (presserechtlich  
verantwortlich), Wolfram Brönnner, Jürgen Ostrowsky,  
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,  
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung  
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern  
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:  
R. Degenhardt, R. Falk, D. Fendt, W. Gottsleben,  
M. Hellmann, G. Jacob, P. Maaskola, E. Münster,  
M. Passolt, J. Pieper, B. Pflug, M. Preuss, G. Ritter,  
I. v. Schönberg, B. Schwiening

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. Mai 1976

Bitte beachten Sie unsere Beilage:

Unterschriftenliste des Antiimperialistischen  
Solidaritätskomitees "Gegen das Atomkomplott  
BRD – Südafrika"

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren  
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

# AIB-Aktuell: Vietnam ein Jahr danach



Auch nach seiner Niederlage in Indochina setzt der US-Imperialismus seine feindselige Politik gegen Vietnam, Laos und Kambodscha fort. Nachdem die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) und der Republik Südvietsnam (RSV) in die UNO verhindert hatten, nannte jetzt Präsident Ford die nordvietnamesische Führung "eine Bande internationaler Piraten". Diese Worte, ausgesprochen auf einer Wahlversammlung, dokumentieren den gegenwärtigen Kurs der US-Regierung gegenüber dem vietnamesischen Volk. Dabei werden völkerrechtlich verbindliche Verträge mit Füßen getreten; denn entsprechend den Bestimmungen des Pariser Vietnam-Abkommens sind die USA verpflichtet, die Kriegsschäden zu beseitigen und beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Außenminister Kissinger jedoch erklärte dazu einem Senatsunterausschuß, er könne nicht akzeptieren, daß die USA verpflichtet sind, Vietnam Hilfe zu leisten.

## Marodierende Befreier in Indochina ?

Ideologische Unterstützung erhalten die herrschenden Kreise der USA in reichlichem Maße von den Massenmedien in der Bundesrepublik. Sahen diese schon während des Krieges ihre Aufgabe darin, durch Verbreitung von Lügen und Verleumdungen die Kriegsführung der USA zu rechtfertigen, so versuchen sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufbauleistungen und den Demokratisierungsprozeß der Völker Indochinas mit allen Mitteln in den Schmutz zu ziehen.

Besonders heftigen Angriffen ist dabei Kampuchea, das frühere Kambodscha, ausgesetzt. Ein in nahezu allen bürgerlichen Blättern veröffentlichtes Bild, welches einen Soldaten der Volksbefreiungsstreitkräfte kurz nach der Befreiung Phnom Penhs bei der Vertreibung von Plünderern zeigt, wurde mit Bildunterschriften wie "Plünderer und marodierender Soldat der Roten Khmer in Phnom Penh" versehen. Die Fälschung wurde entlarvt; zurückgenommen oder berichtigt wurde sie von den bürgerlichen Zeitungen bis heute nicht. Im Gegenteil. Die folgende kleine Presseschau zeigt, daß die Angriffe immer gehässiger werden:

"Kambodscha unter dem Joch der Roten Khmer" überschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 28.4.1976 einen Artikel, dessen Inhalt hält, was die Schlagzeile verspricht. "Hunderttausende sterben - Köpfe rollen für die Revolution" so betitelt der Stern in der Ausgabe vom 29.4.1976 einen Fotobericht. Und Carlos Widmann meint in der Süddeutschen Zeitung vom 20.4.1976:

"Die Radikalität der kambodschanischen Revolution entspringt dem Haß."

Allerdings muß der Südostasien-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung im gleichen Artikel zugeben: "Nur: Es hat sich unter den Flüchtlingen ein ständiges Ensemble wetteifernder Kronzeugen gebildet, die immer wieder - und von Mal zu Mal detailfreudiger - erzählen, was an Schrecklichem sich ereignet hat. Die Zeugenauswahl wurde unwillkürlich von den Journalisten getroffen, da sie auf solche Flüchtlinge angewiesen sind, die sich als besonders mitteilnehmend und ergiebig erweisen."

Diese Beschreibung der Quelle der reichlich kursierenden Greuelmärchen wirft ein bezeichnendes Licht auf die Art der hierzulande üblichen Wahrheitsfindung. Sie sollte selbst Skeptikern Anlaß zur kritischen Betrachtung der Berichterstattung über die Mordlegenden in Kampuchea sein.

## Neue Märchen über Vietnam

Anläßlich des Jahrestages der vollständigen Befreiung Südvietsnams und der Durchführung von Wahlen zur Nationalversammlung in ganz Viet-

nam ist Vietnam wieder häufiger Gegenstand von Veröffentlichungen geworden. Tiefes Unverständnis des revolutionären Prozesses und seiner Schwierigkeiten im Süden sowie offene Feindseligkeit sind durchgehende Merkmale dieser Berichte. Die alte These von den "Herren aus dem Norden" spielt dabei eine wichtige Rolle. "Auch im sozialistischen Saigon blüht die Korruption. Und die neuen Herren kassieren kräftig mit. Kein Wohnungswechsel, kein Passierschein ohne Schmiergeld" - so einfach stellt sich für den Stern vom 22.4.1976 die Situation in Südvietsnam dar. Und war man vorher überzeugt, daß die "Vietcong nach dem Sieg ein Blutbad anrichten" würden, so konstatiert man jetzt mit Erstaunen die "Milde der Kommunisten". Allerdings befürchtet C. Widmann in der Süddeutschen Zeitung vom 27.4.1976 Schlimmes für die Zukunft:

"Viel Zwang, viel Leid steht den Bewohnern der Städte Südvietsnams bevor, nicht zuletzt deshalb, weil der Norden die Früchte des Sieges auch wirtschaftlich ernten will."

## Das Votum der Wahlen vom 25. April

Vergeblich sucht man in diesen Artikeln nach einer Würdigung der historischen Bedeutung der Wahlen vom 25. April 1976. Zum zweiten Mal in seiner Geschichte ging an diesem Tag das vietnamesische Volk an die Wahlurne, um ein gesamt nationales Parlament zu wählen, dem - entsprechend der Bevölkerungszahl - 249 Abgeordnete aus dem Norden und 243 Abgeordnete des Südens angehören. Die Atmosphäre, in der die Wahlvorbereitungen und die Wahl selbst durchgeführt wurden, schildert eindrucksvoll der in diesem Heft abgedruckte Reisebericht von Karl Heinz Hagen (siehe S. 4f).

Das Ergebnis der Wahlen ist ein überwältigender Erfolg für die junge Volksmacht im Süden und eine eindrucksvolle Bestätigung für die sozialistische Entwicklung im Norden: In Hanoi gaben 99,82% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Mit überwältigender Mehrheit wurden dabei die als Kandidaten für die Nationalversammlung aufgestellten Persönlichkeiten der Staats- und Parteiführung der DRV gewählt (der 1. Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan, erhielt beispielsweise 99,76% der Stimmen). Im Süden haben 95% der Stimmberechtigten gewählt, in Ho Chi Minh-Stadt gar 98%. Hier erhielt die Außenministerin der PRR, Frau Thi Binh, 97% der abgegebenen Stimmen.

Die Behauptung der bürgerlichen Presse, es sei "keine Opposition zugelassen gewesen", wird allein durch die Kandidatenliste in Ho Chi Minh-Stadt widerlegt: Darauf standen neben acht parteizugehörigen Arbeitern und vier nur zum parteizugehörigen Bauern auch vier religiöse Würdenträger und ein Vertreter der nationalen Bourgeoisie.

Die Wahlen vom 25. April 1976 dokumentieren eindrucksvoll, daß das vietnamesische Volk trotz aller Anfeindungen von außen und trotz aller inneren Schwierigkeiten das Testament des verstorbenen Präsidenten Ho Chi Minh zielstrebig erfüllt. Wie die Partei Ho Chi Minhs feststellt, besteht die Hauptaufgabe in der neuen Phase der vietnamesischen Revolution nach dem überwältigenden Volksvotum für nationale Einheit und Sozialismus nun darin, "die Wiedervereinigung des Landes zum Abschluß zu bringen und es schnell, energisch und sicher zum Sozialismus zu führen."

Karl Heinz Hagen

## Notizen von einer Reise durch den Süden Vietnams

Man nennt Huế oft die alte „Kaiserstadt“. Seit 1802 regierten von dort aus die Könige der Nguyen-Dynastie. Sie lebten hinter neun Kilometer langen Mauern weit entfernt von ihrem Volk.

Die Schuhe bleiben am Eingang aufgereiht stehen. Barfuß oder auf Strümpfen betritt man den Thronsaal des im chinesischen Stil gebauten, aber üppiger als in Peking dekorierten Kaiserpalastes. Der Atem stockt, das Auge ist geblendet von der Pracht.

Dem Kaiserpalast vorgelagert liegt die Zitadelle, ihr Gesicht dem Flusse zugewandt. An der Mastspitze weht seit dem 26. März 1975 endgültig die Fahne der Revolution und der Freiheit.

### Schule der Fischer auf dem Song Huong

Die im Jahre 1957 gegründete Universität gab der Stadt den Ruf, Stätte der Wissenschaft und Kultur zu sein. Dennoch hinterließ das alte Regime in diesem Zentrum vietnamesischen Geistes etwa 8700 Analphabeten. Gleich nach der Befreiung der Stadt begann das revolutionäre Volkskomitee den Schandfleck zu tilgen. Als wir in Huế ankamen, gab es nur noch im Stadtbezirk Phu An 1746 Menschen im arbeitsfähigen Alter, die nicht lesen und nicht schreiben konnten. „Das sind die Flußfischer, die – tagsüber unterwegs – am Abend nicht mehr zur Schule kommen“, meint Genosse Vu Ngot etwas bekümmert. „Aber jetzt haben wir die Schule einfach zu ihnen gebracht!“

Etwa 50 Boote, zu einem großen Tintenklecks zusammengedrängt, kleben am Ufer. Der einzige hell erleuchtete Punkt ist eine offene Halle. An der Stirnwand hängt eine Schultafel. Darauf stehen Wörter geschrieben, deren Anfangsbuchstaben dem Lehrprogramm des achtzehnjährigen Oberschülers Lê Minh entsprechen. Sein Zeigestock fordert die Buchstaben ab, und der laue Abendwind trägt das vietnamesische Alphabet im Sprechchor über den breiten Boulevard. An der Tafel ist zu lesen: „Niemand zurück in die Sklaverei!“ Das Gesicht des jungen Lehrers ist gezeichnet von heiligem Eifer.

„Am 25. April kann jeder Bürger von Huế seinen Wahlzettel allein ausfüllen, denn wir haben

vier solcher Bildungsstätten für die Fischer eingerichtet“, sagt Genosse Vu Ngot nach unserem Schulbesuch.

Die Universität hat ihren Lehrbetrieb sofort nach der Befreiung der Stadt wieder aufgenommen. Natürlich wurde der Kreis der Studierenden erweitert durch begabte Kinder aus den Klassen der Arbeiter und Bauern. Von ganz anderer Art sind allerdings die 468 ehemaligen Soldaten und Funktionäre des alten Regimes aus dem Stadtbezirk Vinh Lo, die sich zum Abschluß eines einwöchigen Umerziehungskurses im Auditorium maximum versammelt haben.

Der Leiter des Kurses – wie alle Lehrer ein erprobter Kämpfer der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams – ermahnt die Absolventen, durch gute Arbeit ihren Willen zur Umkehr zu beweisen. Dann tritt der ehemalige Unteroffizier Ngo Dinh Nhon, Jahrgang 1940, ans Rednerpult und bekennt: „Nach vielen verlorenen Jahren in einer Armee, deren einziges Idol der Dollar war, möchte ich jetzt im geeinten, freien Vietnam ein guter Bürger werden. Meine Hände, die echter Arbeit beinahe schon entwöhnt waren, sollen mithelfen, das Leben meines geschundenen Volkes zu verbessern. Ich danke für die Nachsicht, die uns die Revolution zuteil werden ließ!“

### Umkehr nach vielen verlorenen Jahren

Die Genossen der Front, die zwanzig Jahre lang einem gnadenlosen Feind ins Auge geblickt hatten, verloren zwar nie den Glauben an das Gute im Menschen. Aber sie wissen auch, daß nicht jeder halten wird, was er heute verspricht. Doch entscheidend für die Zukunft Vietnams sind die Aufrechten. Und die Genossen hoffen, daß Ngo Dinh Nhon zu diesen Aufrechten zählt!

Der erfolgreiche Abschluß eines Umerziehungskurses bedeutet noch nicht die Rückgabe aller bürgerlichen Ehrenrechte an die, die einmal dem Feind gedient haben. Darüber entscheidet die Wählerversammlung des Heimatortes. An einer solchen außerordentlichen Versammlung in der Gemeinde Tam Binh, Kreis Tu Duc, bei Ho-Chi-Minh-Stadt konnten wir teilnehmen.



Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft sprechen aus dem Gesicht dieser Bewohnerin des Saigoner Stadtteils Bui Phat

Fünfhundert Augenpaare – alte und junge – schauen ernst und erwartungsvoll auf Bürgermeister Le Van Cu. Er begründet den Antrag des Gemeinderates, 287 ehemaligen Dienern des alten Regimes die bürgerlichen Ehrenrechte und damit das Wahlrecht wiederzugeben. Er hat es nicht leicht, denn vor ihm sitzen viele Partisanen wie er, die im Kampfgebiet zwischen den Flüssen Saigon und Dong Nai ihre blutigen Erfahrungen mit manch einem gesammelt haben, dessen Name jetzt hier langsam verlesen wird. Ab und zu ein Zwischenruf von einem, der nicht richtig verstanden oder eine Frage zu stellen hat. Dann Abstimmung. Dem Antrag wird zugestimmt. Das Mitglied der Kreisleitung der PWV, Genosse Sau Loi, beglückwünscht die 287 neuen Bürger der Gemeinde und sagt: „Wir haben denen, die einmal geirrt haben, Gelegenheit gegeben, sich zu ändern. 92 Prozent der Betroffenen in unserem Kreis sind wieder in die Gesellschaft aufgenommen worden. Nur wenigen können wir die bürgerlichen Ehrenrechte jetzt noch nicht zurückgeben. Doch wird die Partei sich um sie kümmern, damit sie nicht abseits bleiben und in nicht allzu ferner Zukunft ebenfalls als gleichberechtigte Bürger wieder an unserer Seite arbeiten!“

Und wieder sitzen wir wie im vorigen Jahr im selben Haus, im selben Raum dem gleichen Manne gegenüber. Dem Vorsitzenden des revolutionären Volkskomitees des 11. Stadtbezirkes der Stadt, die

nunmehr den Namen Ho Chi Minhs trägt. Genossen Tu Can steht wie uns die Wiedersehensfreude im Gesicht geschrieben. Ein Jahr ist schnell vergangen, und viel hat sich verändert. Es gibt kaum noch Arbeitslose unter den 220 000 Einwohnern des Bezirks. Die überbevölkerten Armenviertel wurden entlastet. 40 000 ehemalige Bauern und Handwerker gingen in die von der Regierung an der Peripherie der Stadt errichteten Neubauerndörfer oder kehrten in ihre Heimatorte zurück. Jede Möglichkeit zu produzieren wird genutzt. Von den 3000 Kleinbetrieben leisten 600 Heimarbeit. Die Glasfabrik, der größte Betrieb des Bezirkes, arbeitet mit 900 Beschäftigten voll und produziert 70 verschiedene Bedarfsartikel.

Er hält für einige Augenblicke inne, als wolle er den in zehn Monaten zurückgelegten Weg noch einmal überprüfen. Doch die Frage, welche politisch-ideologischen Probleme zu lösen waren, bringt ihn schnell in die Gegenwart zurück, und er erzählt:

## Im 11. Bezirk von Ho-Chi-Minh-Stadt

„Als wir im Mai vorigen Jahres hier in diesem Raum zusammensaßen, wußten wir wohl, daß es schwer sein würde, die neugewonnene Macht zu halten. Doch manches war schwerer, als wir gedacht hatten. Wir besaßen zwar viel Erfahrung im Kampf, aber wenig im Regieren. Die alten Funktionäre hatten alle Verwaltungsunterlagen beseitigt, um den Apparat zu desorganisieren. Entsprechend der politischen Linie, die die Provisorische Revolutionäre Regierung ausgegeben hatte, arbeiteten wir mit 300 alten Staatsfunktionären des Bezirkes zusammen. Ein Teil von ihnen versuchte, mit superrevolutionären Phrasen ein Zerrbild der neuen Machtorgane zu schaffen. Überdies wurden willkürlich Frauen ehemaliger Offiziere verhaftet, Wohnungen kleiner Beamter angeblich im Namen der Revolution beschlagnahmt, Waren und persönliches Eigentum von Hand-

werkern und Händlern konfisziert und die Arbeiter in den Betrieben gegen gutwillige Direktoren aufgehetzt. Spät, doch nicht zu spät erkannten wir, daß sich Trotzlisten in unsere Reihen eingeschlichen hatten, die sich in unserem Arbeiterbezirk als die gefährlichsten Feinde der Revolution entpuppten.

Was tun? Nach einer Nachtsitzung beschlossen wir, Massenversammlungen im ganzen Bezirk einzuberufen und uns direkt mit der Bevölkerung zu beraten, wie die Fehler am schnellsten zu überwinden sind. Die Leute waren überrascht, daß sie um Rat gefragt wurden. Das hatten sie bisher noch nie erlebt. Und wir waren überrascht, mit welcher Unerbittlichkeit die wahren Feinde der Revolution entlarvt wurden. Nach diesen Versammlungen festigte sich das Vertrauensverhältnis des Komitees zum Volke schnell. Laufend wurden wir – zunächst noch anonym, später mit voller Anschrift – über Aktivitäten des Feindes informiert und konnten rechtzeitig unsere Gegenmaßnahmen treffen.

Die Volksversammlung ist seitdem für uns ein wichtiges Leitungsmittel geblieben. Im übrigen haben wir uns nicht gescheut, bei loyalen alten Verwaltungsfunktionären in die Schule zu gehen, um die Technik des Verwaltens zu erlernen.“

Die Straße Nummer 4, die von Ho-Chi-Minh-Stadt ins Delta des Mekong führt, verläuft von Can Tho aus fast geradlinig nach Süden bis Soc Trang. Die Landschaft hat ein ganz anderes Gesicht als in den nördlichen Provinzen. Die Felder sind tellerflach, weiträumig, wie geschaffen für die Großproduktion. Zur Zeit liegen sie seit der Ernte im November vorigen Jahres brach. Die Erde ist hart und rissig, sie dürstet nach Wasser. Die Bauern beginnen die Stoppeln abzubrennen. Sie warten auf den Regen im Mai. Dann beginnt die Aussaat. Hier wird seit Jahrhunderten nur einmal geerntet. Der Boden ist fruchtbar und gab allen genug zu essen, solange er ordentlich bestellt wurde und die Bevölkerungszahl Südvietnams die Zwölfmillionengrenze noch nicht überschritten

hatte. Von 1960 bis 1964 konnte der Süden sogar noch eine Million Tonnen Reis ausführen. In den darauf folgenden zehn Jahren Krieg und neokolonialistischer Herrschaft der USA – von 1965 bis 1975 – mußte er jedoch 3,8 Millionen Tonnen Reis einführen.

Die Importe sind gestoppt, und die Bevölkerung ist gewachsen. Mehr Reis wird gebraucht, der nur durch eine zweite Ernte zu gewinnen ist. Für eine zweite Ernte aber braucht der Boden Wasser, das wiederum nur durch gut funktionierende Bewässerungssysteme auf die Felder gebracht werden kann. Sie zu schaffen ist gegenwärtig die Hauptaufgabe der Jugend.

## Genossen waren die Seele des Kampfes

In Ca Mau endet die Straße Nummer 4. Wer von der Provinzstadt aus weiter zum Kap oder in den Wald von U-Minh will, muß eins der schmalen, kippligen Boote besteigen, die mit oder ohne Motor im Labyrinth der unzähligen Kanäle alle Transporte besorgen. Am Bug unseres Sampans hockt ein alter ortskundiger Partisan, der mit einem erbeuteten Tornisterfunkgerät die Verbindung zu allen Milizstellen aufrechterhält. Es könnte ja sein, daß der kleine Heckmotor gerade mitten im Urwald streikt. Wir fahren nach Norden den Ong Doc aufwärts. Rechts und links kleben kleine Wellblechhütten an den Uferböschungen. Reissammelstellen, Reparaturwerkstätten, fischverarbeitende Kleinbetriebe. Hinter den letzten Hütten beginnt die entlaubte Zone, einst dichter tropischer Wald, heute ein Leichenfeld verkohlter Stümpfe. Hier und da quält sich frisches Grün ans Licht, aber um wiederherzustellen, was hier vernichtet wurde, bedarf es eines halben Jahrhunderts.

Mittags legen wir in Khanh Lam an, im Zentrum des U-Minh-Gebietes. Genosse Ba Trung, der zweite Sekretär der Kreisleitung der Partei, legt Wert auf die Feststellung, daß im U-Minh-Wald der Feind sich nicht einen Augenblick festsetzen konnte. Hier ist auch die sogenannte Pazifizierung elend gescheitert. Die Bauern, denen die Augustrevolution 1945 das Land der Großgrundbesitzer übergab, haben ihren Boden drei Jahrzehnte lang erst gegen die Franzosen und dann gegen die Amerikaner zäh verteidigt. Und ihr militärischer Rückhalt war das berühmte U-Minh-Partisanenbataillon – gefürchtet vom Feind und geliebt vom Volk.

2500 Hektar sind im Kreis wieder unter dem Pflug, und ein Kanal ist im Bau. Sein Wasser soll neue landwirtschaftliche Nutzfläche bewässern, damit auch in Khanh Lam ab nächstem Jahr zweimal geerntet werden kann.

(Quelle: ND, 24./25. 4. 1976)



Umerziehungskurs in der Universität von Hué

Nach dem Sieg und der Wiedervereinigung des vietnamesischen Volkes rückt mit Korea das zweite vom US-Imperialismus geteilte Land Ostasiens stärker ins Blickfeld. Die Geschichte und Gegenwart Koreas sind Gegenstand unserer vierteiligen Serie, die wir in AIB Nr. 2/1976 mit der politischen Ausgangssituation nach dem 2. Weltkrieg und dem Verlauf des Koreakrieges (1950-1953) eröffneten. Der zweite Teil der Analyse befaßt sich mit der ökonomischen Ausgangslage Koreas in den 40er/50er Jahren und dem sozialistischen Entwicklungsweg des Nordens. Die beiden noch ausstehenden Teile behandeln die politische und ökonomisch-soziale Entwicklung im Süden sowie die Wiedervereinigungsfrage und deren Behandlung im Rahmen der Vereinten Nationen bzw. anderer internationaler Organisationen.

**Wolfgang Ritter**

## **Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die neokoloniale Herrschaft der USA ( 2. Teil )**

Als der US-Imperialismus 1953 gezwungen wurde, das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom zu unterzeichnen, hatte er sein Ziel, die sozialistisch orientierte Entwicklung im Norden zunichte zu machen und damit das erste erfolgreiche Exempel der amerikanischen "Roll Back"-Strategie zu statuieren, zwar nicht erreicht aber der Krieg hatte tiefe Spuren hinterlassen. Insbesondere im von den US-Bombardements betroffenen Norden gab es nach dem Krieg kein größeres Gebäude, das nicht in Mitleidenschaft gezogen war. 8.700 Werk- und Fabrikgebäude, 5.000 Schulen, 1.000 Krankenhäuser und Ambulatorien lagen in Schutt und Asche.<sup>1)</sup>

### **Ausgangssituation nach der Befreiung**

Dennoch gelang es im Norden durch forcierte sozialökonomische Umgestaltungen, eine beschleunigte Industrialisierung und Agrarrevolution sowie durch die Mobilisierung der Volksmassen, die Kriegsschäden relativ rasch zu überwinden.

Die USA verhinderten dagegen in Südkorea durch den Ausbau ihrer militärischen Basen und die Etablierung eines von ihnen abhängigen neokolonialen Regimes eine derartige Entwicklung. Jeder Kontakt zum Norden wurde verboten, der 38. Breitengrad militärisch abgeschirmt und zu einer undurchdringlichen Trennungslinie ausgebaut. Das bedeutete die Spaltung und getrennte Entwicklung der beiden Landesteile.

Die Tatsache, daß man im Süden einen kapitalistischen Entwicklungsweg unter neokolonialer Vorherrschaft der Großmächte USA und Japan einschlug, während im Norden die nationaldemokratische Revolution zum Aufbau des Sozialismus und zur Vertiefung der ökonomischen Unabhängigkeit fortentwickelt wurde, ist also konstitutiv für die Entwicklung der beiden Landesteile Koreas.

Als Korea 1945 vom japanischen Kolonialregime befreit wurde, war es ein rückständiges Land,

dessen Wirtschaft von der 35jährigen Kolonialherrschaft tief geprägt worden war.

In der Landwirtschaft, die 74,1% der Bevölkerung umfaßte, herrschten in der Hauptsache noch halbfeudale Verhältnisse. Spezifische Merkmale der koreanischen Agrarwirtschaft waren intensiver Ackerbau und überwiegende Parzellenwirtschaft. Die japanischen und koreanischen Großgrundbesitzer, die nur 4% der ländlichen Bevölkerung ausmachten, besaßen 60% des bestellbaren Bodens, so daß 80% aller Bauern gezwungen waren, Land gegen eine Grundrente von durchschnittlich etwa drei Viertel des Ernteertrages zu pachten.<sup>2)</sup>

In Verfolgung ihrer Kriegspläne hatten die japanischen Kolonialherren in den dreißiger Jahren vor allem im rohstoffreichen Norden zahlreiche Betriebe erbaut, um die Belieferung der japanischen Rüstungsindustrie mit Rohstoffen zu gewährleisten. Die koreanischen Arbeiter, die damals 7,17% der Bevölkerung ausmachten, wurden jedoch nur in den niedrigsten Positionen beschäftigt. Diese einseitige industrielle Entwicklung verursachte erhebliche Disproportionen zwischen den einzelnen Bereichen der Industrie. Der Anteil des Maschinenbaus an der Industrieproduktion belief sich auf nur 2%, eine verarbeitende Leichtindustrie war bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht vorhanden und das südkoreanische Handwerk wurde in seiner Entwicklung durch die ökonomische Übermacht Japans gehemmt, um den Absatz japanischer Fertigwaren zu sichern. Zudem hatten die Japaner bei ihrem Abzug die Produktionsanlagen und wichtigen Verkehrswege weitgehend zerstört.

Vor diesem Hintergrund sind die grundsätzlich unterschiedlichen Entwicklungswege zu sehen, die im Norden, in dem 16 Mio Menschen auf 122.000 qkm leben, und im Süden, in dem 33,5 Mio Einwohner auf 98.000 qkm leben, nach der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft eingeschlagen wurden.

### Errichtung der Volksmacht im Norden

Im Norden Koreas übertrug die sowjetische Befreiungsarmee schon im August 1945 die politische Macht an die im Lande existierenden Volkskomitees. Das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte rief das koreanische Volk auf:

"Bürger Koreas! Bedenkt, daß Euer Glück in Euren Händen liegt. Ihr erhaltet die Freiheit. Alles hängt jetzt von Euch selbst ab. Die sowjetische Armee schuf alle Bedingungen dafür, damit das koreanische Volk den Weg zur freien schöpferischen Arbeit einschlagen kann. Ihr selbst müßt die Schöpfer Eures Glückes sein." 3)

Die Bedingungen für die Förderung der Eigeninitiative der Massen und für die Einbeziehung breiter Volksschichten bei der Verwirklichung fortschrittlicher, antiimperialistischer Maßnahmen waren in Nordkorea besonders günstig. Zum einen war der koloniale Staatsapparat der Japaner mit der Zerschlagung des Kolonialismus weitgehend aufgelöst worden. Zweitens waren die japanischen Kolonialisten und ihre koreanischen Kollaborateure entweder verhaftet worden oder in den Süden geflohen. Drittens eröffnete die Bedeutung und Existenz von Volkskomitees, die breite Schichten der Bevölkerung einbezogen, die Möglichkeit zur baldigen Schaffung einer revolutionären Volksmacht.

Volkskomitees waren in ihrer überwiegenden Mehrheit schon Teil des organisatorischen Net-

zes der Liga für die Wiedergeburt des Vaterlandes gewesen, in der seit 1936 Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Teile der nationalen Bourgeoisie gemeinsam gegen den japanischen Kolonialismus gekämpft hatten.

Unter der Führung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hatten sich diese Volkskomitees schon im Jahre 1946 im Nordkoreanischen Provisorischen Volkskomitee zur Volksvertretung konstituiert. Der Träger dieser Volkskomitees war die Demokratische Nationale Einheitsfront, die ein Bündnis unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte darstellte. Ihr gehörten neben der Partei der Arbeiter Koreas (PdAK) an: Die Demokratische Partei, in der sich Teile der Intelligenz, der Händler und der nationalen Bourgeoisie organisierten, die religiöse Tschonudong Partei und weitere 70 politische Parteien und soziale Organisationen. Die 1946 für Nordkorea gegründete Front wurde 1949 auf das ganze Land ausgedehnt und in Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes umbenannt.

### Die Juche-Idee und die besonderen Bedingungen Koreas

Die PdAK konnte vor allem deshalb immer mehr die führende Rolle innerhalb dieses breiten Bündnisses einnehmen, weil sich ihre Kader und Mitglieder, allen voran Kim Il Sung mit seinen Partisaneneinheiten, im Kampf gegen die japanischen Kolonialisten großes Ansehen beim koreanischen Volk erworben hatten.<sup>4)</sup>

In den Volkskomitees zusammengeschlossen lösten diese unterschiedlichen sozialen Kräfte gemeinsam die Hauptaufgaben der nationaldemokratischen Etappe der koreanischen Revolution - die Verwirklichung einer konsequenten Bodenreform, die Nationalisierung besonders der ehemaligen japanischen Betriebe (1946) - und eröffneten 1948 durch die Wahlen zur Volksversammlung für ganz Korea - mit der endgültigen Konstituierung der Volksmacht - eine wesentliche Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution.

Die gewählten Vertreter Südkoreas (360) und Nordkoreas (212) riefen die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) aus und wählten Kim Il Sung, den Generalsekretär der PdAK, einstimmig zum Ministerpräsidenten. Während die Beschlüsse der Volksversammlung im Süden aufgrund der Unterdrückung durch die US-Besatzungstruppen nicht durchgeführt werden konnten, wurden im Norden die demokratischen Erregenschaften des Volkes gefestigt.

Schon 1936 hatte Kim Il Sung die politischen Richtlinien für die Entwicklung der koreani-



Präsident Kim Il Sung

schen Revolution ausgearbeitet, wonach das koreanische Volk alle bei der Durchführung der Revolution auftretenden Probleme in eigener Verantwortung, gestützt auf die eigene Kraft und in Übereinstimmung mit den spezifischen Bedingungen des Landes selbst lösen müßte.

Der Regierung der KVDR zufolge sollen die Juche-Ideen, gefaßt als "schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Gegebenheiten unseres Landes" - wie es die Verfassung von 1972 festlegt - als Leitlinie beim Aufbau des Sozialismus dienen.

Die Juche-Ideen betonen neben der Vordringlichkeit der aktiven Rolle der Volksmassen vor allem die Notwendigkeit des Aufbrechens eines verhärteten Bewußtseins der Bevölkerung. In der Tat wurde Korea seit Jahrhunderten konfuzianistisch geprägte, hierarchische Gesellschaftsordnung lange Zeit als naturgegeben und unabänderlich angesehen. Die Traditionen des Landes zu nutzen, heißt von daher an alten, im Volk bekannten Leitbildern anzuknüpfen, um sie im Sinne gesellschaftsverändernder Praxis und einer Revolutionierung des Bewußtseins einzusetzen. So nannte sich beispielsweise die Aktivistenbewegung, die einen wichtigen Anteil am sozialistischen Aufbau hatte, "Tschollima-Bewegung". Tschollima ist ein der koreanischen Sagenwelt entnommenes geflügeltes Pferd, das mit einem Sprung 250 km bewältigt und zum Symbol für schnelles Vorwärtsschreiten wurde.

Die aktive Rolle der Volksmassen ist im Sinne der Juche-Prinzipien auch in der neuen Verfassung von 1972 verankert.<sup>5)</sup> Die Verfassung legt fest, daß die aus Arbeitern, Bauern, Soldaten und Intellektuellen bestehenden Volkskomitees die Funktion einer ständigen Kontrolle und Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane ausüben sollen.

#### Hohes Tempo der Industrialisierung der KVDR

Wie jedem Entwicklungsland so stellte sich der KDVR die Frage, welche Gewichtung den einzelnen Sektoren der Wirtschaft, insbesondere dem Industrie- und Agrarsektor, in der Entwicklungsstrategie zukommen sollte. Dazu führte Kim Il Sung aus:

"Zum Zwecke der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe legte unsere Partei es als Hauptlinie des Wirtschaftsausbaus nach dem Kriege fest, das vorrangige Wachstum der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Entwicklung der Leichtindustrie und der Landwirtschaft zu sichern, und mobilisierte die Massen für die Verwirklichung dieser Linie. Das war der einzig richtige Weg." 6)

Durch die 1946 durchgeführte Nationalisierung der Groß- und Mittelindustrie, der Banken, der



Transport- und Nachrichtenmittel, die sich in den Händen der japanischen Kolonialisten und der einheimischen Kompradorenbourgeoisie befunden hatten, waren die wichtigsten Produktionsmittel in den Händen des Volkes konzentriert. Dem staatlichen Sektor wurde hiermit eine derartige Schlüsselposition verschafft, daß 1947 zur systematischen Planung in der Volkswirtschaft übergegangen werden konnte. Die dabei vorgenommene Gewichtung auf den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie sollte, wie Kim Il Sung ausführte, folgenden Zielen dienen:

"Die Linie unserer Partei beim Aufbau der Schwerindustrie war es, eine eigene solide Basis der Schwerindustrie zu schaffen, die in der Lage sein würde, den größten Teil der Rohstoffe, der Brennstoffe, der Energie und der Maschinen und Ausrüstungen, die für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft benötigt werden, im eigenen Land herzustellen; dabei stützten wir uns auf die reichen natürlichen Ressourcen und Rohstoffvorkommen unseres Landes." 7)

Dafür waren das Vorhandensein großer Eisenerz-lager und Metallvorkommen und eine gesicherte Energieversorgung - deren Basis die Nutzung des Wasserkraftpotentials und der Kohlevorkommen bildete - eine entscheidende Voraussetzung. In der Nachkriegsperiode stellte sich zudem die Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung des Handels und der Industrie, die sich noch in privatem Besitz befanden.

Die Verheerungen des Krieges hatten allerdings bewirkt, daß vom privatkapitalistischen Handels- und Industriesektor nicht mehr viel üb-

rig geblieben war. Abgesehen davon, daß die Betriebe fast ausschließlich den Charakter von Handwerks- und Kleinhandelsbetrieben hatten, begünstigte die starke, durch den Krieg verursachte Dezimierung des privaten Besitzes die staatliche Orientierung auf einen schrittweisen Übergang zu genossenschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen.

Mit Unterstützung der sozialistischen Länder gelang es, die industrielle Bruttoproduktion von 1953-1956 um das 2,8fache zu erhöhen. Das Tempo des sozialistischen Aufbaus spiegelt sich in der veränderten Sozialstruktur der Bevölkerung Ende der 50er Jahre wider. So erhöhte sich der Anteil der Arbeiter an der gesamten werktätigen Bevölkerung im Zeitraum 1946-1960 von 12,5% auf 38,3%.

Auf der Grundlage einer rasanten Entwicklung des Maschinenbaus werden heute in der KVDR Generatoren, Bulldozer, Schiffe, LKW's, Traktoren sowie Werkzeugmaschinen und Anlagen zur Ausrüstung moderner Fertigungsstätten hergestellt. 1967 wurden 98% aller im Land eingesetzten Maschinen selbst gefertigt. Die KVDR ist sogar in der Lage, Werkzeuge, Maschinen und Industrieausrüstungen zu exportieren. Auch die chemische Industrie (Herstellung von Kunstfasern, Mineraldünger, Zellulose u.a.) gehörte zu den Zweigen mit überdurchschnittlichem Wachstum. Größte Bedeutung besitzt die Erdölraffinerie in Ungie mit einer Verarbeitungskapazität von 2 Mio jährlich.

Des weiteren wurden die Disproportionen zwischen den einzelnen Industriezweigen beseitigt. Der Anteil der Leichtindustrie an der Gesamtindustrie, der 1944 nur 6% betragen hatte, stieg auf 16,5% im Jahre 1959. Die Entwicklung der Leichtindustrie, die Textilien, Nahrungsmittel, technische Geräte wie Waschmaschinen und Rundfunkgeräte etc. herstellt, zeugt aber auch von einem allgemeinen Anstieg des Lebensniveaus.

Durch die forcierte Entwicklung der großindustriellen Produktion verschob sich das Verhältnis Agrarproduktion-Industrieproduktion von 34:66 im Jahre 1956 auf 74:26 im Jahre 1969 zugunsten des Industrieausstoßes. Gegenwärtig beträgt die Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion 17%.

### Umwälzung in der Landwirtschaft

Kaum geringere Erfolge wurden auch im agrarischen Bereich erzielt.

Die wesentlichen Voraussetzungen dazu schuf bereits die 1946 durchgeführte antifeudale Bodenreform. In ihrem Verlauf waren 1 Mio chongbo (1 chongbo = 0,99 ha), die früher japanischen Kolonialherren und koreanischen Gutsbe-

sitzern gehört hatten, beschlagnahmt und an mehr als 17.000 Landarbeiter, 442.000 landlose sowie 260.000 landarme Bauern verteilt worden. Damit hatte man die halbfeudalen Produktions- und Eigentumsverhältnisse vollständig beseitigt und zugleich mit der vorrangigen Bildung von Produktionsgenossenschaften bedeutende Voraussetzungen für die 1958 abgeschlossene sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft geschaffen.

Auf der Grundlage der genossenschaftlichen Produktion, großzügiger staatlicher Hilfsmaßnahmen und einer für asiatische Entwicklungsländer einmaligen Mechanisierung der Agrarproduktion konnten außergewöhnliche Produktions- und Ertragssteigerungen erzielt, die Selbstversorgung des Landes mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln sowie eine radikale Veränderung der sozialen Lage der Bauernschaft herbeigeführt werden. Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist bereits weitgehend abgeschlossen. Dank des Kumsonger Traktorenwerkes, in dem 1975 20.000 Traktoren vom Band rollten, liegt die Zahl der Traktoren pro 100 chongbo Nutzfläche bei 3-4<sup>8)</sup>.



Mechanisierte Reisplanzung einer Genossenschaftsbrigade

Die körperlich anstrengenden Arbeiten werden in zunehmendem Maße von Maschinen erledigt; die äußerst schwere Reisplanzung z.B. fand 1975 schon zu 80% mit in der KVDR hergestellten Maschinen statt.

Durch die Verwendung von Kunstdünger - 1970 waren es 674 kg pro chongbo - und die Verbesserung des Bewässerungssystems, das mit insgesamt 39.723 km Länge seinesgleichen in Ostasien



sucht, wurde im wichtigsten Zweig der Landwirtschaft, dem Ackerbau, der Hektarertrag erheblich gesteigert, so daß 1974 eine Rekorderte von 7 Mio t Getreide (Reis, Mais, Gerste) eingebracht werden konnte<sup>9)</sup>.

Die Veränderungen im koreanischen Dorf sind heute überall sichtbar. So wurde bis 1970 jedes Dorf an das Elektrizitätsnetz angeschlossen und im Zuge des vom 5. Parteitag der PDAK beschlossenen Wohnungsbauprogramms 200.000 neue Wohnungen auf dem Dorf (gegenüber 100.000 im städtischen Bereich) gebaut.

Somit wurde nicht nur der Lebensstandard der Landbevölkerung weitgehend dem der städtischen Bevölkerung angepaßt, sondern es wurde erreicht, daß sich die Bevölkerung der KVDR völlig mit landesüblichen Nahrungsmitteln aus eigener Produktion ernährt. Währenddessen sank der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 40% der nordkoreanischen Erwerbstätigen. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, da der in Nordkorea nutzbare Anteil des Bodens mit ca. 12% relativ niedrig ist. In jüngsten Jahren wurden daher die Anstrengungen zur Landgewinnung aus Meeresboden verstärkt.

#### Die Situation der Werktätigen in der KVDR

Die Lage der Werktätigen hat sich in der Zeit von 1945 bis heute, mehr als 30 Jahre nach der Befreiung vom japanischen Kolonialjoch und knapp zwei Jahrzehnte nach dem Sieg der sozialistischen Revolution von Grund auf verändert.

Wurde schon 1946 der 8-Stunden-Tag und die Gewährung eines bezahlten Jahresurlaubes gesetzlich verankert, so vergrößerte sich mit dem Wachstum der Produktion auch der materielle Wohlstand der Arbeiter und Bauern. Ausdruck dieses Prozesses ist der Anstieg des National-einkommens pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1946 und 1970 um das 9,4fache, wobei die stetige Erhöhung der Löhne jeweils vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute kam.

Währenddessen blieben die Preise stabil bzw.

wurden sie insbesondere für Industriegüter gesenkt. Am 1.4.1974 wurden sämtliche Steuern abgeschafft. Jederman besitzt das Recht auf Arbeit, daher gibt es in der KVDR nicht einen einzigen Arbeitslosen.

Besonders groß war jedoch der Sprung im Bildungs- und Gesundheitswesen. Konnte 1945 nur jeder zehnte Koreaner lesen und schreiben, erhält heute jedes Kind im Norden Koreas eine 11jährige schulgeldfreie Ausbildung.

Dank der Anstrengungen im Gesundheitswesen gelang es, früher weit verbreitete Krankheiten wie Typhus und Cholera zu eliminieren. In der Zahl der Ärzte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gehört die KVDR zu den fortgeschrittensten Staaten der Erde. Schon 1960 entfiel auf 889 Einwohner ein Arzt (zum Vergleich: Schweden 768 im Jahr 1971)<sup>10)</sup>.

Die verbesserte medizinische Versorgung, deren Inanspruchnahme von der Vorbeugeuntersuchung bis zu einem Krankenhausaufenthalt kostenlos ist, ließ die Lebenserwartung der Menschen im Vergleich zur Zeit der Kolonialherrschaft durchschnittlich um 26 Jahre ansteigen.

Diese sozialen und ökonomischen Errungenschaften, die Befreiung im nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel von jahrhundertealter Rückständigkeit, Unwissenheit und Armut sind für die noch entrechteten, neokolonial beherrschten Völker Asiens und ganz besonders für den Süden des Landes heute ein Beispiel.

#### Anmerkungen:

- 1) Insgesamt wurden auf jeden Quadratkilometer im Durchschnitt 18 Bomben abgeworfen. Vgl. I. Göthel, Dreißig Jahre seit der Befreiung Koreas, in: Einheit, Berlin, Nr. 8/1975, S. 895
- 2) Ebenda, S. 892-893
- 3) Ebenda, S. 892
- 4) In Nord-Korea hatten sich 1946 die Kommunistische Partei und die Neue Volkspartei zur Partei der Arbeit Nordkoreas und im Süden die Kommunistische Partei, die Neue Volkspartei und die Volkspartei zur Partei der Arbeit Südkoreas zusammengeschlossen. 1949 vereinigten sich beide Parteien zur Partei der Arbeit Koreas.
- 5) Zum Hauptinhalt der neuen sozialistischen Verfassung siehe Rede Kim Il Sung vom 28.12.1972, in: Informations Bulletin, Wien, Nr. 6/1973, S. 33-37
- 6) Kim Il Sung, Bericht auf der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der KVDR, in: Kim Il Sung, Ausgewählte Werke Bd.2, Pyongyang 1975, S. 210
- 7) Korean Review, Pyongyang 1974, S. 77
- 8) Zum Vergleich: 1970 gab es z.B. im Iran auf 1.000 ha Nutzfläche 1 Traktor, auf 1.000 ha wären das in der KVDR 30-40 Traktoren. Quelle: FAO Production Yearbook 1970, FAO Rom 1971.
- 9) 1963 waren es noch 3.803.000 t gewesen. Südkorea, das die doppelte Bevölkerungszahl aufweist, hatte nach offiziellen Angaben eine Ernte von 6.761.000 t.
- 10) UN Statistical Yearbook 1971

# Guinea-Bissau

Die Probleme, denen sich die befreiten portugiesischen Kolonien beim Aufbau gegenübersehen, weisen grundlegende Gemeinsamkeiten auf: Der Kolonialismus hinterließ eine sozialökonomische Struktur, die ausschließlich an den Interessen Portugals und des internationalen Kapitals orientiert war, namentlich in der Landwirtschaft; sei es der Kaffeeanbau in Angola, seien es die Kakaopflanzungen auf Sao Tomé und Príncipe, die Baumwollfelder in Moçambique oder die Erdnuß-Monokultur in Guinea-Bissau.

Der energische Einsatz der Befreiungsbewegungen an der Spitze der Völker dieser Länder hat inzwischen beträchtliche Erfolge erzielt, wenngleich Rückschläge nicht auszuschließen waren und sind. Wertvolle Voraussetzungen waren hierbei die mit den befreiten Gebieten noch im Befreiungskampf geschaffenen Ansätze der neuen Gesellschaften.

Aber auch die internationalistische Hilfe wird fortgesetzt. In Guinea-Bissau, schreibt Rolf-Henning Hintze in einem Bericht, "ist die wirtschaftliche Situation überraschenderweise nicht so ernst, wie man (...) nach elf Jahren Krieg (...) erwartet" und fährt fort: "Das hängt damit zusammen, daß offensichtlich diejenigen Länder, die die PAIGC schon während des Krieges materiell unterstützt haben - die Sowjetunion, die Ostblockstaaten, Schweden und in geringerem Umfang auch China - diese Hilfe in ähnlichem Umfang fortsetzen" (Frankfurter Rundschau, 23.8.1975). So hat z.B. die Sowjetunion im Februar 1975 mit Guinea-Bissau ein Abkommen über ökonomische, technische, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Handels- und Luftverkehrsabkommen abgeschlossen.

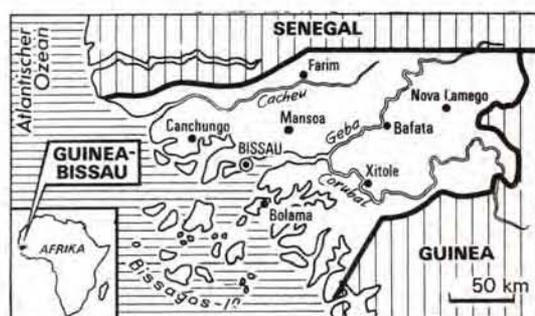
Zugleich wird die PAIGC ihren internationalistischen Prinzipien gerecht: "Wir werden uns an Afrika und alle Länder der Dritten Welt anschließen, die sich für die Befreiung der Völker einsetzen und die den Rassismus und Imperialismus bekämpfen - für eine bessere Welt für alle Menschen. Das ist unser Ziel", betonte Luiz Cabral, der Vorsitzende des Staatsrates der Republik Guinea-Bissau in einem Interview, und: "In diesem Rahmen sehen wir auch den Kampf für die Entwicklung unseres Landes. Wenn wir fähig sind, uns zu entwickeln, unsere Wirtschaft voranzutreiben, bessere Bedingungen für unser Volk zu schaffen, dann können wir zusammen mit den afrikanischen Völkern und den anderen Völkern der Dritten Welt die Rolle eines Katalysators spielen für die Befreiung aller Völker, die noch von Rassismus und Kolonialismus unterdrückt sind" (Frankfurter Rundschau, 11.4.1975).

## Paul Fauvet Die kolonialen Hinterlassenschaften und der Wiederaufbau des Landes

Unter der Kolonialherrschaft war Guinea-Bissau in jeder Hinsicht mangelhaft versorgt. Das einzige moderne Krankenhaus befand sich in der Hauptstadt Bissau. Die Ausbildung war so minimal, daß die Analphabetenrate Anfang der sechziger Jahre auf 99,7% geschätzt wurde. Die einzigen geteerten Straßen außerhalb der Stadtzentren wurden für militärische Zwecke gebaut, und es gab selbstverständlich auch keine Eisenbahn.

Von seiten der Kolonialverwaltung wurde nichts unternommen, um Verbesserungen in den Grunderwerbszweigen der Bevölkerung, der Landwirtschaft und dem Fischfang, durchzuführen. Die Wirtschaft des Landes diente hauptsächlich dem Gewinn eines gigantischen portugiesischen Konglomerats, der Companhia Uniao da Fabril (CUF), die die Überschüßerzeugnisse der Bauern zu gewinnbringend niedrigen Preisen aufkaufte.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahmen infolge des nationalen Befreiungskrieges noch zu. Während des Krieges war die landwirtschaftliche Produktion Guinea-Bissaus unterbrochen, so daß sich dieses Land, das früher Reis ex-



portierte, in den siebziger Jahren gezwungen sah, jährlich 20 000 t dieses Grundnahrungsmittels einzuführen. Häufig verkamen die Getreideernten in den von den Portugiesen besetzten Gebieten, und in den flachen Küstenbereichen Guinea-Bissaus wurden viele Reisfelder durch Meerwasserüberschwemmungen zerstört. Die Handelsbilanz brach zusammen und verzeichnete 1974 ein Defizit von über einer Million Escudos. Im selben Jahr beliefen sich die Exporte auf lediglich 6,8% der Importe.

### Bilanz von 2 1/2 Jahren

Die junge Republik Guinea-Bissau, die während des Krieges im September 1973 in einem der von der PAIGC befreiten Gebiet gegründet worden war, erbt sehr wenig, auf dem sie aufbauen konnte und viel, was reparaturbedürftig war. Trotzdem wurde in den zweieinhalb Jahren, die die Republik besteht, viel erreicht. Die Hauptaufgabe bestand in der Stabilisierung der Wirtschaft und zwar so, daß die Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der guineischen Bevölkerung gewährleistet war. Unnötige Importe sind beschnitten worden, und

man hofft, daß das Vorkriegsniveau der landwirtschaftlichen Produktion bis 1977 wieder hergestellt sein wird. Eine Entwicklungsstrategie wurde entworfen, die nicht nur ein Wachstum der Produktion vorsieht, sondern auch ihre Diversifizierung (Aufbau neuer Bereiche, d.Red.), zum Teil aus Exportgründen z.B. hofft man, in ein paar Jahren große Mengen von Zucker auszuführen; zum Teil, um die eintönige und nicht besonders gesunde Kost eines großen Teils der Landbevölkerung zu verbessern.

Verstärkte Bemühungen werden auf dem Land deutlich durch das Anlegen vieler neuer Felder und dieses Jahr wird ein großer Teil an kultiviertem Land hinzukommen. Die Bevölkerung jener Gebiete, die während des Krieges von der PAIGC verwaltet worden sind, hatte sich tief in den Busch zurückgezogen, um portugiesischen Überfällen und Bombenangriffen zu entgehen. Sie kehrt nun zurück und ist dabei, neue "tabancas" (Dörfer) in der Nähe der Straßen anzulegen. Die Bedingungen, die nunmehr auf dem Lande geschaffen werden, sollen einer Landflucht entgegenwirken, um die während des Krieges eingetretene Übervölkerung der Hauptstadt Bissau abzubauen. Allmählich sind kooperative Formen der Landbebauung eingeführt und eine Anzahl von staatlichen Farmen eingerichtet worden. Mitglieder der FARP (Bewaffnete Volksstreitkräfte) helfen landwirtschaftliche Kooperativen aufzubauen. Der Boden ist verstaatlicht worden: Nach dem Erlaß der Nationalen Volksversammlung von 1975 gehört alles Land dem Staat. Privaten Unternehmen kann die Konzession, das Land zu bebauen, erteilt werden, bei Mißbrauch erlischt diese jedoch sofort.

#### Demokratie auf der Ebene der „tabancas“

Die politischen Voraussetzungen für die erfolgreiche landwirtschaftliche Entwicklung des Landes sind erstens ein großes Ausmaß an Dezentralisierung, die gewährleistet, daß nicht alle wichtigen Beschlüsse von dem im entfernt gelegenen Bissau ansässigen Büros getroffen werden; und zweitens die Entwicklung der volksdemokratischen Strukturen, die während des Krieges geschaffen wurden sowie deren Übertragung auf das ganze Land.

Das Land ist in 8 Regionen aufgeteilt worden. Diese sind in Sektoren und diese wiederum in Sektionen untergliedert. Die Region von Buba im Süden des Landes z.B. setzt sich aus 4 Sektoren zusammen (Tite, Fulacunda, Buba und Empada). Jeder ist nochmals in 4 Sektionen unterteilt. Jede Sektion besteht aus einer Gruppe von "tabancas".

Die guineische Demokratie beginnt auf der



Präsident Luis Cabral

Ebene der "tabancas" in Form eines Tabanca-Komitees - bestehend aus 5 Mitgliedern (unter denen sich mindestens 2 Frauen befinden müssen). Dieses Komitee wird vom Volk gewählt. Diese fünf bekleiden meistens die Stellungen des Vorsitzenden, Vizevorsitzenden und Schatzmeisters; die zwei verbleibenden Mitglieder kümmern sich um soziale und kulturelle Angelegenheiten. Ähnliche Komitees für die Sektionen werden von der Gesamtheit der Bevölkerung derselben gewählt.

In Buba treffen sich die Tabanca- und Sektionskomitees jede Woche; außerdem halten die ersteren häufig Massenversammlungen ab. Um die Arbeit der Tabanca- und Sektionskomitees zu überprüfen, treffen sich die Komitees der Sektoren alle 14 Tage, und auf regionaler Ebene treten einmal im Monat Kader mit besonderen Aufgabengebieten, die z.B. das Gesundheitswesen, die Erziehung oder die Sicherheit betreffen, zusammen, um sich mit den Problemen und Schwierigkeiten aus regionaler Sicht zu beschäftigen. Die entstandenen Probleme werden so auf verschiedenen Ebenen wiederholt überprüft.

Diese Volksorgane sowie der Prozeß der Massenbeteiligung gelten als entscheidend für die Arbeit des nationalen Aufbaus, indem so die Hauptprobleme und die Grundbedürfnisse der örtlichen Bevölkerung ausfindig gemacht werden und man sich um sie kümmert.

Die PAIGC und die guineische Regierung legen das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft, da in diesem Bereich 86% der Bevölkerung beschäftigt sind. In Guinea-Bissau gibt es überhaupt keine Industrie. Das Kommissariat für Industrie, Energie und Bewässerungstechnik arbeitet zur Zeit noch an Plänen, die dem Land

eine angemessene industrielle Struktur geben sollen. Im Vordergrund steht die Erweiterung der elektrischen Versorgung für das ganze Land. Hierbei werden, wie in allen anderen Dingen, die Folgen des Kolonialismus spürbar. Die Portugiesen haben nur in jenen Gebieten, die sie interessierten, Generatoren aufgestellt und selbst hier ohne jegliche Standardisierung, was der neuen Republik ernsthafte Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Ersatzteilen bereitet hat. Guinea-Bissaus Labyrinth von Flüssen bietet ergiebige Möglichkeiten für Wasserkraftwerke, jedoch rechnet man damit, daß es noch 5 bis 7 Jahre dauern wird, bevor diese richtig entwickelt werden können.

Auf dem Land sind kleine Industriebetriebe gegründet worden. In Planung befinden sich Projekte für Fabriken, in denen Fruchtsaft, Textilien, Schuhe, Möbel usw. hergestellt werden sollen. Sie werden nicht nur die Bedürfnisse der Landbevölkerung decken, sondern auch Arbeitsplätze für diejenigen schaffen, die von der Hauptstadt wieder aufs Land zurückkehren. Die Fischereiindustrie wird ausgebaut, und zwischen Guinea-Bissau und der Sowjetunion wurde ein Gemeinschaftsfischereiprojekt zur Ausbeutung der fischreichen Gewässer der guineischen Küste errichtet. Die Existenz von Bauxit- und Phosphatlagerstätten ist bekannt, und Vorkommen von weiteren Bodenschätzen werden erforscht; außerdem besteht die Möglichkeit, Öl zu finden.

#### **Sabotage durch einige Händler**

In Guinea-Bissau gibt es besonders im Handelssektor noch viele private Unternehmen. Der Staat verfügt nicht über ausreichend erfahrene Kräfte, die in der Lage wären, das Verteilungsnetz selbst zu lenken. Kleinhandel in den verschiedensten Formen füllt die Lücken der guineischen Wirtschaft aus. Private Händler haben der Regierung Schwierigkeiten gemacht. Viele lebten durch die Anwesenheit der Kolonialarmee nicht schlecht, was zur Folge hatte, daß sie den Sieg der PAIGC nicht begrüßten. Obwohl sie die Zusicherung erhielten daß der Staat nichts gegen sie unternehmen würde, wenn sie nicht das Gesetz brächen, begannen Teile der Händler, die Regierung durch Warenhortung, Spekulation und unkontrollierte Preissteigerungen zu sabotieren.

Die Hauptwaffe der PAIGC, um dieser Gefahr entgegenzutreten, war die Erweiterung des Systems der Volksläden, die während des Krieges in den befreiten Gebieten eingerichtet worden waren, und ihr Einsatz als staatliches Verteilungsnetz, um den Privathandel zu unterlaufen. Die Volksläden bieten Waren nicht nur zu

niedrigeren Preisen als die Privathändler an, sondern sie schaffen auch alles in allem saubere und hygienischere Bedingungen. Ihre Waren sind billiger als jemals zuvor unter der Kolonialherrschaft. Der Fischpreis in diesen Läden beträgt z.B. nur 30% von dem, was unter der portugiesischen Herrschaft verlangt worden war.

Im Einzelhandel sind für viele Waren Höchstpreise festgesetzt worden sowie Festpreise, die den ländlichen Erzeugern für ihre Erzeugnisse wie Reis, Zucker und Pflanzenöl bezahlt werden müssen. Obwohl private Händler noch manchmal buchstäblich in der Nachbarschaft der Volksläden ihr Geschäft betreiben, ist die Erweiterung der staatlichen Tätigkeit beabsichtigt, die bereits das Monopol des Reishandels hat, um den Bedarf für alle anderen Grundnahrungsmittel zu decken. Es gibt heute 70 Volksläden, von denen sich 20 in Bissau befinden und die das größte Unternehmen im Lande darstellen. Jeder Laden hat eine "Brigada de Venda" (Verkaufsbrigade), die Waren in kleinere Orte bringt und somit gewährleistet, daß die gesamte Bevölkerung in den Genuß dieses Systems kommt.



Auf dem Gebiet des Gesundheits- und Erziehungswesens wird die Entwicklung Guinea-Bissaus durch den Mangel an allen Dingen, wie z.B. an Büchern, Medizin, Ausrüstungen und vor allem an ausgebildetem Personal, behindert. Zwar besteht heute ein grundlegendes Netz von Hauptschulen, welches sich über das ganze Land erstreckt; jedoch ist es noch immer unmöglich, jedem Kind einen Bleistift oder ein Übungsbuch zu garantieren.

Jene Lehrer, die in den Städten unter der Kolonialverwaltung gearbeitet haben, müssen sich jetzt den neuen Bedingungen anpassen, unter denen Schulen demokratisch von Schülern und Lehrern geleitet werden und als Kollektive funktionieren.

### Alphabetisierungskampagne

Offensichtliche Probleme wirft die Tatsache auf, daß Schüler im Alter von 3 bis 17 Jahren die Hauptschule besuchen. Um diesem Problem Abhilfe zu schaffen, sind Alphabetisierungsmassenkampagnen durchgeführt worden. Die Jugendorganisation der PAIGC, die Afrikanische Amilcar-Cabral-Jugend (JAAC), stand bei dieser Arbeit in vorderster Linie.

Die Sprache stellt eine weitere Schwierigkeit dar, da in Guinea-Bissau eine Anzahl von Dialekten und Sprachen existieren, von denen die gebräuchlichste und am häufigsten verstandene Sprache das Kreolische ist. Sie ist jedoch keine geschriebene Sprache (obwohl es Pläne gibt, sie zu einer solchen zu machen), so daß die PAIGC beschloß, Portugiesisch als Nationalsprache beizubehalten. Trotz der Schwierigkeiten sind die Bemühungen der PAIGC im Bildungswesen von Erfolg gekrönt worden. Mitte des Jahres 1975 war die Analphabetenrate um ein Drittel reduziert worden und auf 65% gesunken.

Um die immer noch sehr unzureichende medizinische Versorgung zu verbessern, hat man Anstrengungen unternommen, um zu gewährleisten, daß im ganzen Land medizinische Versorgungsstellen eingerichtet werden und daß eine ausreichende Zahl von Krankenschwestern ausgebildet wird, um sie zu unterhalten. Schwere Fälle müssen in eine der Hauptstädte - Bolama oder Bissau - gebracht werden häufig per Flugzeug, da der schlechte Zustand der Straßen den Transport von Patienten über eine längere Strecke nicht zuläßt. In jedem der 8 Bezirke beabsichtigt daher das Gesundheitsministerium den Bau von Krankenhäusern, die eine Kapazität von 80 bis 100 Betten haben sollen. Bis heute kann man nur in Cantchungu, Bafata und Bolama solche Einrichtungen finden. Das Krankenhaus in der Region Buba besteht jedoch nur aus ei-

nem Gebäude in einer alten portugiesischen Garnison und hat nur zehn Betten. Das Krankenhaus in Quebu, welches sich in der angrenzenden Region Tombali befindet, ist größer und auch besser ausgerüstet. Im letzten Sommer jedoch standen ihm weder Alkohol noch Baumwolle zur Verfügung, und seine Kühlanlage konnte, da die Stromversorgung am Tage nicht funktionierte, nur nachts in Betrieb genommen werden. In Anbetracht dieser Probleme hängt viel von dem persönlichen Einsatz und der revolutionären Begeisterung der auf diesem Gebiet arbeitenden Menschen ab. Daran mangelt es Guinea-Bissau glücklicherweise nicht.

Alles in allem ist die Republik Guinea-Bissau ein eindrucksvolles Beispiel für die ununterbrochene Aktivierung der Bevölkerung nach einem erfolgreich verlaufenem nationalen Befreiungskrieg; für eine antikoloniale Bewegung, die nach der Ergreifung der Macht den Staat nicht zur eigenen Bereicherung benutzt, sondern zum Wohl der gesamten Bevölkerung.

(Quelle: African Development, März 1976)

## Thong Nhat heißt Wiedervereinigung



Die Hilfsaktion Vietnam e.V., die seit mehr als zehn Jahren Hilfe und Unterstützung für Vietnam leistet, appelliert an die Hilfsbereitschaft und die Solidarität aller Freunde Vietnams, heute mitzuhelfen, die schrecklichen Wunden des Krieges zu heilen und die Wiedervereinigung des Landes zu unterstützen.

Die Hilfsaktion Vietnam hat daher eine Solidaritätsplakette "Thong Nhat - Vietnam 1976" herausgegeben, deren Verkaufserlös den weiteren Projekten der Hilfsaktion im wiedervereinigten Vietnam zugute kommt.

Die Klebeplakette kann ab 10 Stück zum Preis von 10,- DM (+ -,50 DM Porto) bestellt werden bei der

Hilfsaktion Vietnam e.V.  
Bilker Str. 35 4000 Düsseldorf 1

Abdul Minty

## Apartheid - eine Bedrohung des Friedens



Generalität der Rassistenarmee

Zu Beginn der sechziger Jahre, als sich der Rest des afrikanischen Kontinents in einem schnellen Prozeß der Entkolonisierung befand, verstärkte das Regime in Pretoria sein repressives Apartheidsystem als Antwort auf die wachsenden Forderungen nach Freiheit von seiten der afrikanischen, indischen und farbigen Bevölkerung. Nach dem Massaker in Sharpeville im März 1960 wurden der Afrikanische Nationalkongreß und der Panafrikanische Kongreß<sup>1)</sup> verboten. Das System der weißen Herrschaft, das sich auf einem massiven Polizeistaatsapparat stützt, mußte einen weiteren Schritt in der Militarisierung und Vorbereitung der gesamten weißen Bevölkerung auf einen Krieg gegen die Schwarzen tun. Der Verteidigungshaushalt wurde erhöht, Polizei und Armee wurden zum Zwecke gemeinsamer Aktionen reorganisiert, und die weiße Bevölkerung übte die Abwehr von bewaffnetem Widerstand im Inneren. 1962 richtete das Regime in Pretoria das Land auf eine größere gewaltsame Konfrontation ein.

Südafrika ist zweifellos die dominierende ökonomische, politische und militärische Macht im südlichen Afrika. Es hat sich mit hochentwickelter, moderner Ausrüstung und umfassender Ausbildung eine beträchtliche Schlagkraft geschaffen, um das Apartheidsystem zu erhalten und die unabhängigen afrikanischen Staaten in dieser Region einzuschüchtern. Seine Verteidigungsstrategie zielt primär auf die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Bis vor kurzem war es in der glücklichen Lage, daß es um sich herum eine Reihe von „Pufferstaaten“ gab, die mit dem Regime in Pretoria verbündet waren und dem Befreiungskampf daher feindlich gegenüberstanden. Das verstärkte das Sicherheitsgefühl Südafrikas. Angesichts der wachsenden Zahl afrikanischer Staaten im Norden, die sich der Unterstützung des Kampfes gegen Kolonialismus und Rassismus verpflichtet fühlten, war es jedoch schon zu dieser Zeit ein wesentlicher Aspekt der südafrikanischen Verteidigungspolitik, diese Länder einzuschüchtern, so daß sie weder die Befreiungsbewegungen unterstützen noch eine wie auch immer geartete militärische Intervention gegen Südafrika erwägen würden.

Mit dem Ausbau seiner militärischen Macht entwickelte das Regime in Pretoria den ehrgeizigen Plan, eine regionale Großmacht in Afrika zu werden. Man ging von der Überlegung aus, daß das Problem der Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft in Südafrika nicht von den politischen Entwicklungen in den benachbarten Gebieten getrennt werden könnte; von da an entwickelte sich die Verteidigungsstrategie, die ursprünglich auf die Bewahrung der inneren Sicherheit abzielte, zu einer Strategie, die darauf gerichtet ist, die Stabilität im ganzen südlichen Afrika zu erhalten. Diese Vorstellung führte 1967 dazu, daß Südafrika mit bewaffneten Einheiten intervenierte, um das illegale Smith-Regime zu verteidigen und daß es sich in der Folge vom September 1975 an, am Kampf gegen die MPLA in Angola beteiligte.

### Der Verteidigungshaushalt

Jahr für Jahr wurde der Verteidigungshaushalt Südafrikas erhöht: Von 44 Mio Rand für 1960/61 wurde er auf 72 Mio Rand für 1961/62 hochgetrieben. Heute hat der Verteidigungshaushalt die Rekordhöhe von 948 Mio Rand erreicht<sup>2)</sup>. Dieser Anstieg der Verteidigungsausgaben spiegelt in dramatischer Weise die schnelle Militarisierung des weißen Südafrika während der vergangenen fünfzehn Jahre wider.

### Die Streitkräfte

Weil es erkannte, daß die Portugiesen ernste Rückschläge in Moçambique und den anderen Kolonien erlitten, daß das Smith-Regime vor einer ersten Herausforderung durch den sich verstärkenden bewaffneten Kampf in Zimbabwe stand und daß eine neue kämpferische Stimmung in der eigenen afrikanischen Bevölkerung aufkam, die in den kämpferischen Streikaktionen der Arbeiter sichtbar wurde, beschloß das Regime in Pretoria Anfang der 70er Jahre, den Umfang seiner Streitkräfte zu erhöhen. Von 1971/72 bis 1972/73 verdoppelte sich ihre Zahl von ungefähr 48 000 auf über 110 000 Mann. 1974/75 waren es insgesamt 119 500 Mann, dazu kamen weitere 75 000 Mann, die als Bürgerwehr organisiert und ausgebildet sind. Die Zahl für 1975/76 ist fast doppelt so hoch und beträgt mit der Bürgerwehr, deren Stärke mit 75 000 Mann dieselbe blieb, insgesamt 201 900 Mann<sup>3)</sup>.

Hierbei ist von Bedeutung, daß die Streitkräfte traditionell nur aus Weißen bestanden und daß die Erhöhung der Mannschaftstärke auf den gegenwärtig hohen Stand den Effekt hatte, daß aus dem Wirtschaftssektor Weiße abgezogen wurden, die dort wichtige Funktionen innehatten. Das führte folglich dazu, daß die Rekrutierung weißer Frauen für die Streitkräfte einen immer größeren Stellenwert gewann. Aber der zunehmende Ausfall in der Wirtschaft, der mit einer größeren Zahl von weißen Verlusten bei den Verteidigungsanstrengungen in Rhodesien und Namibia zusammenfiel, veranlaßte dann 1973 die südafrikanischen Behörden, bestimmte Gruppen von Afrikanern, Indern und Farbigen als Grenzschutzeinheiten auszubilden. Weil die Kosten der Militarisierung für die weiße Gesellschaft wachsen, ist es unumgänglich, daß man in zunehmenden Maße die schwarze Bevölkerung in die Streitkräfte einbeziehen muß. Diese Entwicklung ist ein augenfälliger Bruch mit der Tradition, da man immer größten Wert auf eine durch und durch weiße Militärstreitmacht gelegt hatte. In dieser Praxis, Teile der unterdrückten Bevölkerung für die Verteidigung der Unterdrücker auszubilden, liegt ohne Zweifel eine Gefahr. Es ist auch interessant, daß sich für die Transkei im Zuge der Vorbereitungen auf die „Unabhängigkeit“ im Oktober 1976 eine Armee im Aufbau befindet. Die Zeitung Eastern Province Herald berichtet am 14. April 1975, daß „die Grundlage der Ausbildung in der neuen Armee ein Anti-



Südafrikanische Besatzer in Namibia

Guerilla Konzept sein wird und daß ihre Waffen und Ausrüstung von der südafrikanischen Armee geliefert werden." Es ist klar, daß die südafrikanischen Behörden bei den Vorbereitungen auf eine größere Konfrontation mit dem afrikanischen Befreiungskampf den Einsatz einer wachsenden Zahl von Schwarzen in ihren Streitkräften einplanen.

Als Südafrika 1967 bewaffnete Einheiten nach Rhodesien schickte, um das Smith-Regime zu verteidigen, da bezeichnete man das als eine „Polizeioperation“. Die Polizei hat einen paramilitärischen Flügel, so daß eine Unterscheidung nicht sehr viel bedeutet. Da ihre Ausbildung und ihre Ausrüstung gleich sind, brauchen die südafrikanischen Soldaten nur ihre Uniform zu wechseln, um als sogenannte paramilitärische Polizisten operieren zu können. Bei diesem Unternehmen mußten die Südafrikaner einige Male große Verluste hinnehmen, und afrikanische „Polizisten“, die öfters in der vordersten Linie kämpften fielen in der Regel als erste. Den gegenwärtigen Entwicklungen hinsichtlich der Rekrutierung von Schwarzen für die Streikräfte liegt teilweise diese Erfahrung zugrunde.

### Das Waffenembargo

Da sich Südafrika immer stärker auf militärische Kraft verläßt, um sein System der weißen Herrschaft zu erhalten, wurden 1963/64 in den Vereinten Nationen einige Schritte eingeleitet, um ein internationales Waffenembargo gegen das Regime in Pretoria zu errichten. Damals wurden im Sicherheitsrat wichtige Resolutionen angenommen, in denen ein internationales Waffenembargo gefordert wurde und denen Großbritannien, die USA und andere westliche Mächte zustimmten. Frankreich weigerte sich, das Embargo einzuhalten, und löste im Laufe der Jahre Großbritannien als größten Waffenlieferanten Südafrikas ab. Auch Italien verletzt das Embargo und liefert Flugzeuge und andere militärische Ausrüstungsgüter. Andere westliche Mächte, z. B. Großbritannien und die USA, die vorgeben, das UN-Embargo einzuhalten, verkaufen in Wirklichkeit zahlreiche Ausrüstungsgüter an die südafrikanischen Streitkräfte. Dies ist Resultat ihrer eigenen Interpretation und Durchführung des Embargos. Diese und andere westliche Länder geben Kapital zur Entwicklung einer eigenen südafrikanischen Rüstungsindustrie, der auch militärische Patente aus dem Ausland zur Verfügung gestellt werden. Außerdem gibt es einen Austausch von Militärpersonal zu Ausbildungs- und anderen Zwecken sowie die Bereitstellung spezieller Hilfsmaßnahmen für jene südafrikanischen Techniker, die mit der Rüstungsindustrie verbunden sind. Und es gibt zusätzlich immer mehr Beweise für geheime Lieferungen von militärischer Ausrüstung und militärischem Know how an Südafrika aus bestimmten westlichen Ländern, deren Regierungen davon Kenntnis und solche Transaktionen oft gebilligt haben<sup>4)</sup>.

Südafrika stellt viele Arten von Waffen und Munition selbst her und produziert Panzer und Flugzeuge dank der Lizenzen aus verschiedenen westlichen Ländern. Es importiert nicht nur Waffen aus dem Ausland, sondern wird auch immer mehr zu einem waffenexportierendem Land. Auch wenn das Waffenembargo eine ernste Behinderung für das Regime in Pretoria darstellte, so ist es ihm doch gelungen, einige der größeren Schwierigkeiten zu überwinden, nicht zuletzt aufgrund der überaus großen Kollaborationsbereitschaft von seiten bestimmter westlicher Länder.

Südafrika verfügt über eine hochentwickelte militärische Ausrüstung, einschließlich moderner Kampfflugzeuge, ferngesteuerter Geschosse und Raketenwaffen. Es hat verschiedene Nervengase und alle Arten von Munition entwickelt. Es ist dauernd darum bemüht, die modernste und damit auch teuerste Ausrüstung zu bekommen. Auf das zunehmende Gefühl der Unsicherheit antwortet es mit dem Kauf von mehr und besseren Waffen in der Hoffnung, daß das genügt, um sowohl die Afrikaner im Lande als die benachbarten afrikanischen Staaten, die eine Unterstützung des Befreiungskampfes erwägen könnten, einzuschüchtern und abzuschrecken.

Wenn man Südafrikas interne Machtstruktur untersucht und Größe und Umfang der Armee mit dem vergleicht, was zur Ausübung der Kontrolle über das ganze Land benötigt wird, dann ist ersichtlich, daß die Streitkräfte des Regimes in einer größeren Konfrontation „schnell überbeansprucht“ wären. Deshalb weisen hohe Offiziere auch auf die Tatsache hin, daß Südafrikas „Sicherheitsdecke“ sehr niedrig ist. Angesichts dieses ernstesten internen Sicherheitsproblems ist es lebensnotwendig, daß man sicherstellt, daß die benachbarten Territorien den afrikanischen Befreiungskampf nicht unterstützen und der internationale Druck auf Südafrika gelockert wird. Deshalb sind zuverlässige ausländische Verbündete, auf deren Unterstützung Südafrika in Friedens- wie auch in Krisenzeiten rechnen kann, ein Hauptanliegen des Regimes. Das weiße Regime hat sich immer als Wahrer der westlichen Interessen in Afrika betrachtet und unter Berufung auf seinen fanatischen Antikommunismus und die sogenannte Bedrohung des Seewegs um das Kap durch sowjetische Seestreitkräfte versucht, eine verstärkte militärische Unterstützung durch den Westen sicherzustellen. Bestimmte westliche Politiker haben diese Politik Südafrikas aufgegriffen, und in den letzten Jahren wurde diese Position, Südafrika sei von vitaler Bedeutung für die westlichen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen, von westlichen Militärkreisen verstärkt unterstützt. Diesem Versuch, eine feste Allianz zwischen Pretoria und den führenden westlichen Mächten zu bilden, war in den letzten Jahren ein beträchtlicher politischer Erfolg beschieden, besonders in den USA angesichts

des dort neu erwachten Sicherheitsinteresses am Südatlantik und Indischen Ozean.

### Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus

Mit dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus hat sich die strategische Situation im südlichen Afrika dramatisch verändert: Südafrika hat einen wichtigen Verbündeten verloren und ist direkt verwundbar geworden durch den wachsenden afrikanischen Widerstand in Rhodesien, Namibia und in Südafrika selbst. Mit der Unabhängigkeit Moçambiques entstand über Nacht aus einem Pufferstaat ein unabhängiger afrikanischer Staat, der sich der Ausrottung von Kolonialismus und Rassismus verpflichtet fühlt. Südafrika wurde zum ersten Mal mit einer wirklich unabhängigen Grenze konfrontiert, an der seine Streitkräfte seit der Machtübernahme durch die FRELIMO deshalb auch stark patrouillieren.

In bezug auf Zimbabwe entstand eine noch ernstere Lage – das Regime in Pretoria erkannte schnell, daß es ohne Aussicht auf einen Sieg in einen offenen Krieg in Rhodesien verwickelt werden könnte. Eine Fortsetzung der Unterstützung für das illegale Smith-Regime hätte Rhodesien nicht nur zum Vietnam in Südafrika werden lassen, sondern das Regime in Pretoria auch in stärkerem Maße internationalen wirtschaftlichen und anderen Sanktionen sowie größerem inneren Widerstand ausgesetzt.

Die SWAPO (South West Africa Peoples Organisation of Namibia – Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia) machte beträchtliche Fortschritte, und der internationale Druck in der Namibiafrage verstärkte sich ebenfalls – hier wäre es für Südafrika schwierig, sich zu sehr auf die Unterstützung durch die westlichen Mächte zu verlassen; diesen fällt es zunehmend schwerer, Südafrika vor dem internationalen politischen Druck in Schutz zu nehmen, wenn es nicht den Eindruck erweckt, einige „Zugeständnisse“ machen zu wollen.

Als 1974 in der UNO die Frage des Ausschlusses Südafrikas auftauchte, da machten zum ersten Mal die drei westlichen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – Großbritannien, Frankreich und die USA – gemeinsam von ihrem Vetorecht Gebrauch, und verhinderten diesen Schritt. Premierminister Vorster dankte den westlichen Mächten umgehend für diese Handlung zur Verteidigung Südafrikas und versprach substantielle Veränderungen in der Außenpolitik Südafrikas innerhalb der nächsten 6 bis 12 Monate<sup>5)</sup>.

Pretoria leitete daraufhin eine Reihe von Initiativen hinsichtlich Rhodesiens ein und bezeichnete sie als Teil einer umfassenden Politik der Entspannung mit Afrika. Südafrika war bereit, beim Zustandekommen einer legalen Lösung in Rhodesien zu helfen allerdings in einer Weise, die die künftige Sicherheit Südafrikas nicht gefährden würde. Hinsichtlich Nambias äußerte es sich weniger ernsthaft und versuchte nur den Anschein zu erwecken,



Jack Dutton, Kommandeur der Invasionsarmee in Angola

daß es zu Verhandlungen bereit sei, während es in Wirklichkeit seine Position in diesem internationalen Territorium durch den Ausbau seiner Militärstützpunkte und die Fortführung seiner Bantustan-Politik konsolidierte.

Die Initiative im Jahre 1974/75 zur Lösung der Rhodesienfrage schlug fehl, und es ist jetzt klar, daß die Macht nicht allein auf dem Weg über Verhandlungen übergehen werden wird und daß sie von der afrikanischen Bevölkerung über den Weg der nationalen Mobilisierung und des bewaffneten Kampfes ergriffen werden muß. In Namibia hat die SWAPO größere militärische Erfolge gegen den Feind errungen. Dies führt zu einer starken militärischen Präsenz Südafrikas in dieser Region und kann zu einer größeren bewaffneten Auseinandersetzung führen.

### Angola

Angesichts der bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung Angolas am 11. November 1975 sandten die Südafrikaner schon im Juni 1975 Armeeinheiten in dieses Gebiet<sup>6)</sup>. Im Oktober wurde dies bestätigt. Ursprünglich erklärte man diesen Schritt damit, daß man den Cunene-Staudamm und mit ihm verbundene Einrichtungen schützen wolle. Später veröffentlichte das Verteidigungsministerium in Pretoria, am 14. Oktober 1975, eine Erklärung, die besagte, daß sieben Ovambos getötet worden seien, die



Südafrikanische Invasionstruppen bei Cunene in Südan-gola

am Wochenende über die Grenze nach Angola eingedrungen wären<sup>7)</sup>. Die südafrikanischen Verteidigungsoffiziellen wiesen danach darauf hin, daß man eine Politik der „heißen Verfolgung“ eingeschlagen habe, d. h., daß ihre Streitkräfte bei der Verfolgung von Guerillas nicht an der Grenze stehen bleiben würden<sup>8)</sup>. Seitdem ist durch Augenzeugen und andere Berichte bestätigt worden, daß südafrikanische Streitkräfte in großer Zahl nicht nur in Angola Operationen durchführten, sondern sich direkt am Krieg gegen die MPLA beteiligten<sup>9)</sup>. Südafrika ist offensichtlich entschlossen, dafür zu sorgen, daß in Angola keine Regierung entsteht, die seinem System der weißen Herrschaft gegenüber feindlich eingestellt ist und die den afrikanischen Befreiungskampf unterstützen wird. Südafrika will zugleich die Gelegenheit nutzen, um Kräfte der SWAPO zu vernichten und so seine illegale Besetzung Nambias zu verstärken.

Der Beginn der Intervention Südafrikas in Angola verlangte in Pretoria noch einer weiteren Entscheidung darüber, wie weit man sich in Angola einmischen sollte, nachdem die Portugiesen am 11. November 1975 abgezogen waren. Das Vorster-Regime sandte mehr Truppen nach Angola und baute in Vorbereitung auf

einen umfassenden Krieg seine Militärstützpunkte in Namibia aus. Es versuchte, eine stärkere Unterstützung von Washington zu erhalten, aber der Senat stimmte gegen eine weitere Einmischung der USA in Angola und erschwerte so der Regierung Ford eine positive Antwort. Einer der alarmierendsten Aspekte des Konflikts in Angola ist die Art und das Ausmaß der von den USA und Südafrika vorbereiteten Maßnahmen, die den Einfluß und die Autorität der MPLA zerstören helfen sollten.

Ebenfalls im November 1974 kündigte Südafrika an, daß es mit einem Ausbau des Stützpunktes Simonstown beginne, der seine Kapazität verdreifachen wird, so daß der Hafen dann 40 bis 50 Schiffe aufnehmen können. Die Kosten dieses Ausbaus wurden auf 10 Mio Pfund geschätzt. Die Londoner Times berichtete: „Die Entscheidung zur Durchführung des Plans wurde in der Überzeugung getroffen, daß der Stützpunkt, unabhängig vom Ergebnis der Überprüfung des Simonstown-Abkommens durch die britische Regierung, eine wichtige Rolle in der Verteidigung des Seeweges um das Kap spielen werde.“<sup>10)</sup> Es ist sehr unwahrscheinlich, daß das südafrikanische Regime Millionen von Pfund ausgibt, ohne sicher zu sein, daß die großen westlichen Mächte diese Marine-Einrichtungen tatsächlich benutzen werden. Südafrikas Marine ist bei weitem nicht groß genug, um die erweiterten Kapazitäten selbst zu nutzen.

### Die Rolle der USA

Frankreich zeigt wachsendes Interesse an der Verteidigung des Indischen Ozeans und des Südatlantiks. Im Februar 1975 legten vier seiner Kriegsschiffe in südafrikanischen Häfen an.<sup>11)</sup> Aber die am meisten ernst zu nehmenden Entwicklungen ergeben sich aus der Haltung der USA.

Gleichzeitig mit dem stetigen Rückzug Großbritanniens aus den Verteidigungspositionen „östlich von Suez“ brachte man in Washington seine Sorgen über ein „Vakuum“ im Bereich des Indischen Ozeans zum Ausdruck und begann mit Verhandlungen über den Ausbau des Stützpunktes auf der sich in britischem Besitz befindlichen Insel Diego Garcia im Indischen Ozean. Es gibt auch vermehrt Hinweise auf eine Zusammenarbeit auf hoher Ebene in Verteidigungsfragen zwischen den USA und Südafrika.

Im Oktober 1974 schrieb der bekannte amerikanische Journalist Tad Szulc im Magazin Esquire über ein Geheimpapier des Weißen Hauses, ein sogenanntes Entscheidungsmemorandum des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council Decision Memorandum – NISDOM), das verschiedene Optionen für eine Politik der USA bezüglich des südlichen Afrika enthielt. 1970 wählten Kissinger und Nixon die mit dem Namen „Tar Baby“ (Neger-Baby) bezeichnete Option 2 und kündigten eine Politik zugunsten Südafrikas, Rhodesiens und der portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique an. Dieses Dokument, so Szulc, „liefert die Erklärung für die gegenwärtige militärische Eventualplanung zur Verteidigung des südlichen Afrika.“ Szulc verwies darauf, daß die NATO im Mai 1974 zugegeben hatte, daß das Alliierte Oberkommando Atlantik (Supreme Allied Command, Atlantic – SACLANT), das sich im US-Bundesstaat Virginia befindet, Eventualpläne für militärische Operationen im Gebiet des südlichen Afrika ausgearbeitet hatte.

1974 besuchten verschiedene südafrikanische Führer Washington, um über die Sicherheit des Indischen Ozeans zu diskutieren. Im Januar kam der Informations- und Innenminister Dr. C. Mulder nach Washington und führte Gespräche mit Vizepräsident Ford sowie mit Vizeadmiral Ray Peet, einem führenden Planer des Pentagon. Im Mai hielt sich Admiral Biermann, der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, zu einem angeblichen Privatbesuch in Washington auf und traf dabei mit dem amtierenden Staatssekretär für Marinewesen, J. W. Middendorf, zusammen. Im November berichtete die Londoner Times, daß der südafrikanische Verteidigungsminister „bestätigt hat, daß Vizeadmiral James Johnson, Oberkommandierende der südafrikanischen Marine, zu privaten Gesprächen in die Vereinigten Staaten eingeladen worden war.“<sup>12)</sup>

Im Januar 1975 hielten sich sechs republikanische Kongreßmitglieder vierzehn Tage in Südafrika auf und besuchten den Marinestützpunkt Simonstown, das Nachrichtenhauptquartier Silvermine und die Atlas Aircraft Corporation. Die Gruppe wurde von Robert Wilson geleitet, einem Mitglied des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses, von dem berichtet wurde, daß er

sich für eine US-Präsenz in Simonstown und die Lockerung des Waffenembargos ausgesprochen habe. Nach ihrer Rückkehr traf die Delegation mit dem jetzigen US-Staatssekretär für Marinewesen, William Middendorf, zusammen, der offensichtlich die Notwendigkeit betonte, Simonstown als Hafen für US-Kriegsschiffe zu erhalten.<sup>13)</sup>

Im April 1975 fand ein ähnlicher Besuch von drei demokratischen Mitgliedern des Kongresses statt, deren Reise ebenfalls vom südafrikanischen Regime arrangiert wurde. Zwei von ihnen, John Dent und Richard Ichord, waren ebenfalls Mitglieder des Streitkräfteausschusses. Nach ihrer Rückkehr begannen sie, auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Südafrika hinzuwirken.<sup>14)</sup>



Von der MPLA gefangen genommene südafrikanische und portugiesische Söldner

Ebenfalls im April 1975 besuchte der frühere amerikanische Verteidigungsminister Melvyn Laird Südafrika und erklärte, daß die USA ihr Waffenembargo gegen Südafrika überprüfen könnten.<sup>15)</sup>

Das amerikanische Interesse, eine engere Zusammenarbeit mit Südafrika zu entwickeln, ist nicht nur darauf gerichtet, den status quo in Südafrika zu erhalten, sondern auch darauf, eine größere Präsenz im Indischen Ozean zu errichten, um so in der Nähe der arabischen Erdölproduzierenden Gebiete zu sein. Die sogenannte Ölkrise führte schon zu Drohungen der USA, direkt zu intervenieren und die Ölfelder einzunehmen, falls es zu einem weiteren Ölboykott durch die arabischen Länder kommen sollte, der zur „Erdrosselung“ der westlichen Volkswirtschaften führen könnte. Diese Überlegungen bilden zusammen mit der angeblichen Bedrohung durch die sowjetische Flotte im Indischen Ozean die Grundlage für eine enger werdende de facto-Allianz zwischen den wichtigen NATO-Mächten und Südafrika.

### Das Advokaat-System

Ein Hauptaspekt der sich entwickelnden westlichen Allianz mit Südafrika ist die Errichtung des militärischen Nachrichtensystems Advokaat, das Südafrika in Zusammenarbeit mit einigen westlichen Unternehmen bei einem Kostenaufwand von 15 Mio Rand baute. Diese Einrichtung wurde im März 1973 in Betrieb genommen und als das modernste System seiner Art bezeichnet, mit dem man von der Küste Südafrikas aus den Südatlantik bis hin nach Südamerika und den Indischen Ozean bis Australien und Neuseeland überwachen kann. Die Zentrale dieses Systems befindet sich in Silvermine/Westlake, in der Nähe von Kapstadt und nicht weit entfernt vom Marinestützpunkt Simonstown.<sup>16)</sup> Ihr sind mehrere kleinere Stationen angeschlossen, darunter eine in Walvis Bay in Namibia. Es wird auch berichtet, daß eine ständige direkte Verbindung besteht „zum Kommando der Royal Navy in Whitehall“ und „zum US-Marinestützpunkt San Juan auf Puerto Rico“.<sup>17)</sup>



Südafrikanische "Mirage" – eine französische Sonderanfertigung

Die britische Anti-Apartheid-Bewegung veröffentlichte im Juni 1975 Dokumente, die auch an die UNO weitergeleitet wurden und aus denen hervorgeht, daß das Advokaat-System über Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wurde, die bei der Errichtung des Systems mit dem westdeutschen Verteidigungsministerium zusammenarbeiteten. Außerdem enthielten die Dokumente auch Beweise, daß Firmen aus Großbritannien, den USA, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden an der Lieferung von Ausrüstungen und Ersatzteilen für das System beteiligt waren. Auch wenn die in den NATO-Formblättern erwähnten Firmen nicht identifiziert werden können, da Kodenummern verwendet wurden, so ist doch klar, daß Unternehmen aus den oben erwähnten Ländern beteiligt sind. Am bemerkenswertesten ist die Tatsache, daß Südafrika das NATO-Kodifizierungs-System für Ausrüstungen und Ersatzteile zur Verfügung gestellt worden ist.

Es ist bemerkenswert, daß Südafrikas offene Aggression gegen Angola, die von dem illegal besetzten internationalen Territorium Namibias aus erfolgte, bisher nicht im UN-Sicherheitsrat behandelt wurde. Im Juni 1975 brachten die drei westlichen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates mit der Begründung, daß die illegale Besetzung durch Südafrika keine Bedrohung des Friedens darstelle, durch ihr Veto eine Resolution zu Fall, die ein bindendes Waffenembargo gegen Südafrika forderte. Jetzt benutzt Südafrika das internationale Territorium als Basis für seine aggressiven Operationen gegen Angola. Das ist ein klarer Fall für die Vereinten Nationen einzugreifen, um die südafrikanische Aggression gegen Angola zu beenden.

### Die südlichen Ozeane

Es ist wahr, daß sich bisher die militärischen Anstrengungen Südafrikas hauptsächlich auf die Anti-Guerilla-Ausbildung und die Beschaffung von hochentwickelter Ausrüstung für die Armee und die Luftwaffe konzentrierten. Seit einiger Zeit aber wird eine beträchtliche Summe für die Flotte und Einrichtungen der Marine verwendet. Der größte Teil des Geldes wird für den Ausbau und die Verbesserung des Marinestützpunktes Simonstown und anderer Häfen genutzt sowie für die Beschaffung von hochentwickelten Kommunikations- und Aufklärungssystemen für die Marine.

Südafrika hat bewußt die angebliche Bedrohung durch die sowjetische Flotte in den südlichen Ozeanen ins Spiel gebracht, um die Unterstützung der führenden NATO-Mächte zu gewinnen, so daß diese sich vielleicht verstärkt militärisch auf Südafrika verlassen und es zu einem formellen Verteidigungsbündnis mit Südafrika kommen könnte. Diese südafrikanische Strategie fand schnell die Unterstützung führender konservativer Politiker in Großbritannien, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre verstärkt auf eine engere westliche Zusammenarbeit mit dem Regime in Pretoria auf dem Gebiet der Verteidigung drängten.

Im südafrikanischen Verteidigungsweißbuch, das am 23. April 1969 veröffentlicht wurde, heißt es: „Für die Seestreitkräfte des Bündnisses im Südlichen Atlantik und Indischen Ozean sind die Hafen- und Reparaturkapazitäten in Simonstown und anderswo

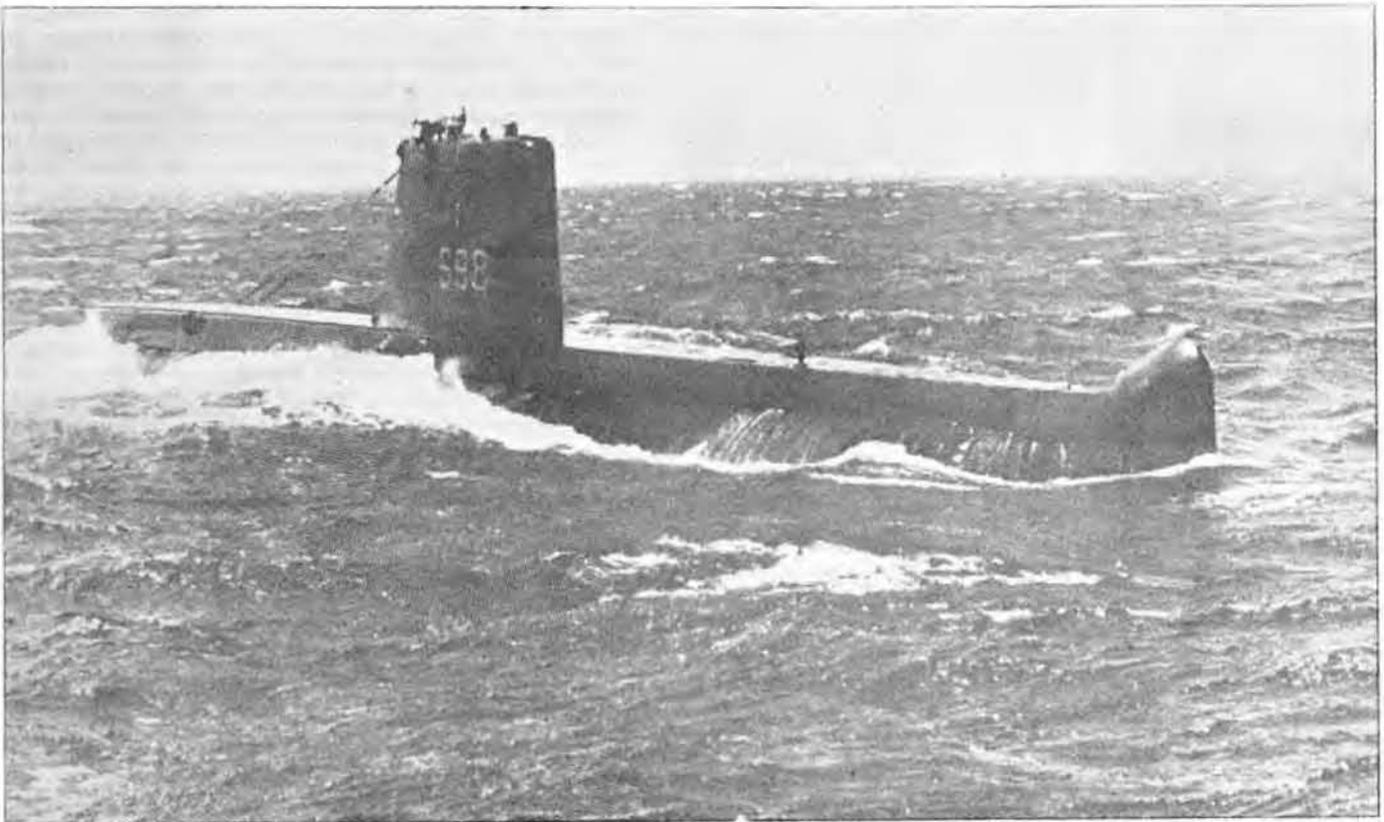
in unserem Land ebenso wie die mit großem Kostenaufwand erstellten Kommunikations- und Kontrolleinrichtungen unerlässlich.“ Im Weißbuch war der Aufbau einer Anlage für weltweite Kommunikation in der Nähe von Westlake vorgesehen, um dem südafrikanischen Flottenkommando die Möglichkeit zu geben, zu jeder Zeit mit jedem zwischen Südafrika und Australien operierendem Schiff oder Flugzeug Verbindung zu halten. Das Weißbuch betonte auch besonders die Wichtigkeit des Baus eines neuen Flutdocks und eines U-Boot-Stützpunktes in Simonstown.

Großbritannien und Südafrika weisen eine lange Geschichte gemeinsamer militärischer Zusammenarbeit auf. Es ist bemerkenswert, daß seit den späten 60er Jahren die gemäß dem Abkommen von Simonstown stattfindenden Manöver der „Royal Navy“ und der südafrikanischen Flotte von Jahr zu Jahr größer ausfielen. Sowohl die Labour- wie auch die konservativen Regierungen verstärkten auf diesem Gebiet die britische Militärkollaboration mit Südafrika. Wenige Tage nach dem Amtsantritt der Labour-Regierung im Oktober 1974 fand das bisher größte gemeinsame Flottenmanöver statt und löste in Großbritannien eine heftige politische Kontroverse aus. Aufgrund dieses Drucks – und vielleicht mit dem Wissen, daß Großbritannien einige Tage später gemeinsam mit Frankreich und den USA im Sicherheitsrat sein Veto einlegen würde – sagte der britische Außenminister am 25. Oktober 1974, daß das Simonstown-Abkommen gekündigt werden sollte, falls es nur von „untergeordneter“ militärischer Bedeutung sei und Großbritannien „politisch in Verlegenheit“ brächte. Erwartungsgemäß wurde das Abkommen am 16. Juni 1975 offiziell gekündigt. Wie aus einer Information vom November 1974 an das Parlament hervorgeht, heißt das aber nicht, daß britische Kriegsschiffe in Zukunft in südafrikanischen Häfen nicht mehr anlegen werden.

Aus südafrikanischen Pressemeldungen geht hervor, daß Argentinien, Australien und Neuseeland ursprünglich direkt mit dem Advokaat-Nachrichten-System verbunden waren. Mit dem Amtsantritt einer Labour-Regierung scheint sich Australien gewiegt zu haben, die bestehende Verbindung zwischen Silvermine und dem Hauptquartier der australischen Marine in Canberra zu nutzen. Die in Johannesburg erscheinende Sunday Times berichtete im Oktober 1973: „Australien will keine Hilfe von Südafrika bei der für die Verteidigung lebensnotwendigen Aufgabe, die Aktivität der russischen Schiffe im Indischen Ozean zu beobachten. Australien, ein ehemaliger Partner im Commonwealth und Verbündeter im Zweiten Weltkrieg, macht jetzt keinen Gebrauch mehr von unserem hochentwickelten Marine-Nachrichtensystem“<sup>18</sup>). Wahrscheinlich wegen dieser Entwicklung sprechen südafrikanische Minister nicht mehr länger davon, daß das Advokaat-System bis Australien und Neuseeland reiche. Beispielsweise erklärte der Informationsminister Dr. C. Mulder während eines Besuchs in Frankreich im April 1975: „Nicht weit von Simonstown haben wir für viele Millionen Franc ein hochmodernes Marine-Nachrichten-Hauptquartier gebaut, über das wir immer die aktuellsten Informationen über den gesamten Schiffsverkehr zwischen dem Kap und Nordamerika, Südamerika, dem Südpolgebiet und Indien erhalten können“<sup>19</sup>). Anscheinend bestehen die Verbindungen mit Argentinien weiter. Der Regierungswechsel in Australien und auch in Neuseeland Ende 1975 könnte natürlich bedeuten, daß diese Verbindungen auf dem Gebiet der Verteidigung wieder aufgenommen werden.

### Die NATO

In der Vergangenheit haben sowohl NATO-Mitglieder wie auch der NATO-Generalsekretär, wenn sie auf Berichte über NATO-Verbindungen zu Südafrika angesprochen wurden, solche Verbindungen rundweg abgestritten. Sie erklärten, daß sie keine militärischen Beziehungen mit dem Regime in Pretoria unterhielten und daß Südafrika ja überhaupt weit außerhalb des Vertragsgebietes der NATO liege. Wenn NATO-Beamte mit der Information über die Einsatzplanung von SACLANT für die Kap-Route konfrontiert wurden, dann gaben sie die Erklärung, daß es keine Pläne zur Zusammenarbeit mit Südafrika gebe. Als der britische Außenminister Callaghan am 6. November 1974 im Unterhaus von einem Labourabgeordneten gefragt wurde, ob die NATO-Studie auf eine mögliche Einbeziehung Südafrikas in die NATO-Verteidigung hinweise, sagte er: „Es sind Studien erarbeitet worden, aber es gibt keine Verpflichtung von Seiten der NATO-Mitglieder, sich kollektiv oder individuell an Aktivitäten außerhalb des NATO-Gebiets zu beteiligen“<sup>20</sup>).



Unterseeboote Südafrikas auf Patrouillenfahrt – zur Verteidigung der "freien Welt"?

Zufällig beginnt der Wirkungsbereich des Advokat-Systems gerade am nördlichen Punkt des Südatlantiks, wo das NATO-Gebiet aufhört – am Wendekreis des Krebses. Darüber hinaus ist das System nicht auf den Atlantik begrenzt, sondern erfaßt auch das Südpolgebiet und den Indischen Ozean. Südafrika behauptet, für die militärische Überwachung und Kommunikation in den südlichen Ozeanen im Grunde genommen zum Nervenzentrum der westlichen Verteidigung geworden zu sein. Das Regime in Pretoria hat seine Gründe für diesen übertriebenen Anspruch, aber es ist nützlich, einmal darüber nachzudenken, was Südafrika dafür erhält, wenn es mit beträchtlichem finanziellen Aufwand solche modernen Einrichtungen dem Westen zur Verfügung stellt. Es ist schwierig, dabei nicht zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß die sich herausbildenden Bündnisbeziehungen mit den NATO-Mitgliedern eine feste Verpflichtung des Westens einschließen, die Stabilität des Regimes in Pretoria bewahren zu helfen und ihm international politische Unterstützung zu gewähren. Hierin ist die Erklärung dafür zu sehen, daß die führenden westlichen Mächte 1974 ihr dreifaches Veto einlegten, um Südafrikas Ausschluß aus der UNO zu verhindern. Erst kürzlich, im Juni 1975, während einer Debatte im Sicherheitsrat über Namibia, legten sie wiederum ihr dreifaches Veto ein, um eine Resolution zu verhindern, die ein bindendes Waffenembargo gegen Südafrika forderte. Obwohl die USA als auch Großbritannien behaupten, das UN-Embargo über Waffenverkäufe an Südafrika einzuhalten, legen sie zusammen mit Frankreich ihr Veto ein, um zu verhindern, daß das Embargo bindend wird. Für manche mag das auf den ersten Blick schwer zu verstehen sein, aber es wird verständlich, wenn man es im Zusammenhang damit sieht, daß die wichtigsten westlichen Mächte der Bewahrung der Stabilität und Sicherheit Südafrikas in der südlichen Hemisphäre eine größer werdende militärische Bedeutung zusprechen.

Die afrikanischen Staaten, die Befreiungsbewegungen und verschiedene Anti-Apartheid-Bewegungen haben in der Vergangenheit auf Erklärungen von verschiedenen, mit der NATO verbundenen Organisationen wie auch auf Verlautbarungen offizieller NATO-Organen aufmerksam gemacht, in denen der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, auf Südafrika als militärischen Verbündeten zu bauen. Diese Proteste riefen heftige Dementis hervor, mit Südafrika militärisch zusammenarbeiten zu wollen. Es

ist daher ganz nützlich, eine der neueren Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen. Der Rat der Vereinigung des Atlantikpakt (Atlantic Treaty Association – ATA) nahm auf seiner Frühjahrs-tagung, die im SACLANT-Hauptquartier in Norfolk/Virginia stattfand, am 26. Mai 1973 eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Die außerordentliche Expansion der sowjetischen Seemacht in den letzten Jahren hat die Sicherheitsprobleme des Bündnisses, wie im Nordatlantikvertrag definiert, verändert. Der Rat der ATA ist über diese Entwicklung besorgt und . . . weiterhin davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit der Seestreitkräfte **außerhalb** der geographischen Grenzen des Vertragsgebietes notwendig ist. Die Angleichung der Seestreitmacht der Verbündeten an die sowjetische Expansion auf den Meeren ist für die Aufrechterhaltung der Abschreckung nuklearer und nichtnuklearer Angriffe **ebenso notwendig wie zum Schutze vor einem durch Seestreitkräfte ausgeübten Druck gegen Schifffahrtswege. Diese Seewege sind in Kriegs- und Friedenszeiten für das Bündnis von entscheidender Bedeutung, z. B. für den Transport von Öl und anderen lebensnotwendigen Versorgungsgütern**“.

Diese Resolution wurde in der offiziellen NATO-Zeitschrift Nr. 4/1973, herausgegeben von der Informationsabteilung der NATO in Brüssel, veröffentlicht. Trotz der gewundenen Sprache der Resolution und des Fehlens jeglicher Bezugnahme auf Südafrika kann sich niemand der Schlußfolgerung entziehen, daß die Resolution sich auf die Sicherheit der sogenannten Kap-Route bezieht, worunter man jetzt das gesamte Gebiet vom Südatlantik bis zum Indischen Ozean versteht und nicht mehr bloß das Gebiet entlang der südafrikanischen Küste.

Die Dokumente, die im Juni 1975 den Vereinten Nationen vorgelegt wurden, enthielten authentische Beweise für die Beteiligung verschiedener NATO-Mitglieder am Advokat-System und für die Bereitstellung des NATO-Kodifizierungs-Systems für Ausrüstungen. Es ist schwer zu glauben, daß das Kodifizierungs-System ohne die vorschriftsmäßige Autorisierung durch die zuständige NATO-Behörde oder durch ein Mitgliedsland weitergegeben wurde. Aber selbst nach der Veröffentlichung der offiziellen NATO-Formblätter mit den Kodezahlen für die Ausrüstung des Advokat-Systems im Juni 1975 wurde in Brüssel weiterhin dementiert, daß die NATO etwas mit Südafrika zu tun habe. Statt-

dessen wird jetzt in Brüssel behauptet, daß das Kodifizierungs-System ein „offenes System“ und verschiedenen „neutralen Staaten“ zugänglich sei. Öffentliche Proteste in verschiedenen NATO-Ländern haben dann die zusätzliche Information ans Tageslicht gebracht, daß gegenwärtig ungefähr ein Dutzend Nicht-NATO-Mitglieder das Kodifizierungs-System für Ersatzteile und Ausrüstungen benutzen – aber nichts ist darüber mitgeteilt worden, warum Südafrika und seine Advokat-Partner die ersten Nicht-NATO-Länder waren, die es erhielten. Aus welchen Gründen wurde Südafrika das Kodifizierungs-System zur Verfügung gestellt? Wer verantwortete das? Warum wurde das geheimgehalten? Diese und andere Fragen bleiben unbeantwortet.

### Der NATO-Vertrag

Im NATO-Vertrag ist festgelegt, daß ein Angriff auf ein Mitglied einen Angriff auf das Bündnis als Ganzes darstellt. Südafrika würde eine Vereinbarung begrüßen, die es in einen solchen Rang erhebt, so daß es sicher sein könnte, daß mächtige westliche Staaten Hilfe leisten würden, wenn Südafrika sie zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems benötigte. Die Ausweitung des NATO-Gebietes über die gegenwärtigen Grenzen hinaus ist ein großes Problem, und ein viel ernsteres politisches Problem wäre es für jedes westliche Bündnis, Südafrika förmlich als Mitglied aufzunehmen. Genau aus diesem Grund hat der britische Außenminister vorgeschlagen, das Simonstown-Abkommen aufzukündigen, wenn es Großbritannien „politisch in Schwierigkeiten“ bringen sollte. Deshalb wurde es gekündigt, und das Regime in Pretoria zeigte dafür ungewöhnliches Verständnis. Aber wie die britische Regierung feststellte, wird das die britischen Kriegsschiffe nicht daran hindern, in Simonstown oder einem anderen südafrikanischen Hafen anzulegen<sup>21</sup>). Dieses Abkommen ist nicht beendet worden, um auch alle militärischen Beziehungen Großbritanniens mit Südafrika aufzukündigen: tatsächlich hat das Vertrauen Großbritanniens in die Verteidigungsrolle Südafrikas nach dem Rückzug der britischen Flotte aus dem Indischen Ozean zugenommen.

Die NATO rechtfertigt ihre SACLANT-Studie mit der Behauptung, daß das westliche Bündnis die Bedeutung eines Seeweges um das Kap, der in „Krisenzeiten“ oder im „Kriegsfall“ geschützt werden müßte, in seinen Überlegungen berücksichtigen müsse. Die Betonung, die auf mögliche NATO-Operationen außerhalb des Vertragsgebietes in „Krisenzeiten“ gelegt wird, stellt eine neuere Entwicklung dar und zielt darauf ab, hinsichtlich der

Seeroute um das Kap der Rolle Südafrikas bei der Verteidigung eine größere strategische Bedeutung zuzuschreiben.

Im November 1975 machte der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Sir Peter Hill-Norton, bei einem Essen in London den Vorschlag, daß drei oder vier NATO-Mitglieder mit Hochseefloten, Großbritannien eingeschlossen, einen Verband außerhalb des Rahmens des Bündnisses zusammenstellen könnten, um die Vorgänge im Indischen Ozean zu beobachten, wo die Präsenz der sowjetischen Flotte eine ernsthafte Bedrohung der westlichen Verbindungslinien darstelle. Auf diese Weise, so schlug er vor, könnte neben Europa ein zusätzliches NATO-„Interessengebiet“ entstehen. Sir Peter sagte, daß die Fähigkeit des Westens, sich zu verteidigen, in großem Maße geschwächt werde durch Linien, die auf Karten gezogen worden wären, einschließlich der entlang des Wendekreises des Krebses. Dieser neue Anlauf, eine separate Gruppierung zu bilden, die möglicherweise formelle Verbindungen mit Südafrika aufnehmen könnte, würde im Ergebnis zu NATO-Operationen weit über das Vertragsgebiet hinaus führen<sup>22</sup>).

Schon früher, Anfang Oktober 1975, wurde Generalleutnant Günther Rall, der westdeutsche Vertreter im NATO-Militärausschuß, von der Bonner Regierung zum Rücktritt gezwungen, als der Afrikanische Nationalkongreß von Südafrika enthüllte, daß er im vergangenen Jahr unter falschem Namen nach Südafrika gereist war und verschiedene nukleare und militärische Einrichtungen besucht hatte. Diese Enthüllungen löste in einigen NATO-Hauptstädten beträchtliche Besorgnis aus, aber nur einen Monat später hielt es Sir Peter Hill-Norton für angebracht, eine Erweiterung der NATO-Interessen zu fordern, um die Kap-Route zu schützen. Es hat seitdem keine Erklärung von irgendeinem NATO-Mitglied gegeben, in der dagegen protestiert wurde oder in der das abgelehnt worden wäre. Dies reflektiert die Stärke der mächtigen neuen Kräfte, die für eine verstärkte militärische Kollaboration des Westens mit Südafrika eintreten.

### Nukleare Kollaboration

Es ist schon lange bekannt, daß alle führenden westlichen Mächte eng mit Südafrika bei der Entwicklung seiner Nukleartechnologie und nuklearen Anlagen zusammengearbeitet haben. Jetzt jedoch enthüllten geheime Dokumente, die Ende September 1975 vom Afrikanischen Nationalkongreß von Südafrika veröffentlicht wurden, daß es Verbindungen auf hoher Ebene mit Westdeutschland beim Aufbau nuklearer Kapazitäten für das Regime in Pretoria gegeben hat<sup>23</sup>). Südafrika und der Iran haben seitdem auch ein Abkommen geschlossen, wonach Südafrika Uraniumoxyd im Wert von ungefähr 340 Mio Pfund an den Iran verkaufen wird, der sich finanziell an einer geplanten Urananreicherungsanlage beteiligt, die mit westdeutscher Hilfe gebaut werden soll<sup>24</sup>). Die Anreicherungsanlage soll eine der größten der Welt werden. Eine Wirtschaftlichkeitsstudie ist von der STEAG in Essen erstellt worden.

Südafrika, das jetzt eine im Entstehen begriffene Nuklearmacht ist, hat den Atomwaffensperrevertrag nicht unterzeichnet; es ist offensichtlich, daß eine „Apartheid-Atombombe“ eine große Gefahr für Afrika und die Welt darstellt.

### Der Westen und Südafrika

Die führenden westlichen Mächte haben beträchtliche finanzielle und wirtschaftliche Interessen in Südafrika und rechnen vor allem mit seinen Bodenschätzen. Sie fühlen sich in zunehmenden Maße verpflichtet, den status quo des Apartheidsystems zu bewahren. Im Zusammenhang damit, daß sich die westlichen Mächte militärisch in wachsendem Maße auf Südafrika verlassen, ist es unvermeidlich, daß die wichtigen NATO-Mächte versuchen werden, die generelle Stabilität und Sicherheit Südafrikas zu erhalten. Die neuere Geschichte bestätigt in dramatischer Weise, daß dann, wenn einmal einer Region eine wichtige strategische Bedeutung zugesprochen worden ist, die externen Bündnismächte keine politische Veränderung in dieser Region tolerieren und daß sie sich verpflichtet fühlen, bei der Erhaltung des status quo Hilfe zu leisten. Südafrika weiß das, und es ist ihm gelungen, die wichtigen westlichen Mächte in ein engeres militärisches Bündnis hineinzuziehen. Bis jetzt sind



keine formellen militärischen Pakte bekannt, aber der südafrikanische Verteidigungsminister wies in einem Interview über die militärischen Beziehungen mit der NATO darauf hin, daß diese „nicht offiziell“, aber „freundschaftlich“ sind<sup>26)</sup>.

Die Festlegung der westlichen Mächte auf den status quo in Südafrika verschärft den inneren Konflikt in diesem Land und ist eine ernste Behinderung des Befreiungskampfes. In der UNO und anderswo haben die westlichen Mächte aufgrund ihrer allgemeinen Politik, die darin besteht, keine Konfrontation mit Südafrika zu suchen, jede bedeutende Aktion blockiert. Diese Politik der „Nichtkonfrontation mit Südafrika“ hat sich im letzten Jahrzehnt zu einer harten „Anti-Befreiungspolitik“ entwickelt. Wenn die westlichen Mächte mit der Tatsache konfrontiert werden, daß das weiße Regime sich weigert, die weiße Vorherrschaft und Rassenpolitik aufzugeben, dann antworten sie mit dem Hinweis auf ihr verstärktes Eintreten für einen „friedlichen Wandel“. Das aber bedeutet im Grunde genommen, daß sie nur einen solchen Wandel unterstützen werden, dessen Beginn und Durchführung man in Pretoria beschließt, um das System der weißen Herrschaft zu konsolidieren. Es ist eine narrensichere Politik zur Verhinderung jeglicher internationaler Aktion gegen Südafrika, da eine Politik der Nicht-Konfrontation nichtgewaltsame Maßnahmen wie wirtschaftliche Sanktionen oder ein bindendes Waffenembargo ausschließt. Die These vom friedlichen Wandel beinhaltet, daß nur ein solcher Wandel unterstützt wird, den das Regime in Pretoria für notwendig erachtet.

Das Ausmaß, in dem es Südafrika gelungen ist, die USA auf seine Seite im Kampf gegen die MPLA in Angola zu ziehen, zeigt nur einige der Gefahren auf, die eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen Washington und Pretoria beinhaltet. Trotz der offiziellen Dementis der NATO gibt es zunehmend Beweise dafür, daß mächtige Elemente innerhalb der NATO entschlossen sind, über verschiedene direkte und indirekte Wege engere militärische Beziehungen mit Pretoria zu fördern. Südafrika besitzt jetzt die Technologie und die Fähigkeit zur Produktion einer eigenen Atombombe, was zum großen Teil auf die bereitwillige Hilfe zurückzuführen ist, die es von verschiedenen NATO-Mächten erhalten hat.

Die Gefahren, die aus einer schnellen Integration Südafrikas in die westliche Verteidigungsplanung und -strategie erwachsen, sind offensichtlich. Die westlichen Mächte werden sehr schnell und immer mehr auf der Seite des Apartheidsystems in den explosiven Rassenkonflikt in Südafrika verwickelt, mit all den furchtbaren zukünftigen Konsequenzen eines solchen Engagements für den Frieden und die Sicherheit der Völker Afrikas und der Welt.

Es ist deshalb niemals wichtiger gewesen als heute, den internationalen Druck gegen Südafrika zu verstärken und den afrikanischen Befreiungskampf zu unterstützen, wenn ein größerer Zusammenprall der Rassen abgewendet werden soll. Südafrika ist heute wahrscheinlich im wahrsten Sinne des Wortes die größte Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit.

(Quelle: Abdul Minty, Apartheid A Threat To Peace, Hrsg.: Anti-Apartheid Bewegung Großbritanniens, London 1976)

#### Anmerkungen

- 1) Der Pan African Congress (PAC) hat sich Anfang der 50er Jahre vom African National Congress of South Africa (ANC) abgespalten; der PAC spielt nach Auffassung des ANC dieselbe Rolle im Befreiungskampf in der Republik Südafrika wie die Marionettenorganisation FNL und UNITA in Angola vor dem Sieg der MPLA (Anmerkung der Redaktion).
- 2) Zahlen nach The Military Balance, einer jährlichen Veröffentlichung des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.
- 3) Die Zahlen für die gesamten bewaffneten Streitkräfte enthalten die Zahlen der aktiven Reservisten, ebenda.
- 4) Z. B. Westdeutschlands nukleare Zusammenarbeit oder die Lieferungen für das Advokat-System durch verschiedene NATO-Mitglieder, auf die im Text Bezug genommen werden.
- 5) The Guardian, 6. 11. 1974
- 6) The Times, 22. 1. 1976
- 7) The Times, 15. 10. 1975
- 8) The Guardian, 25. 10. 1975
- 9) The Observer, 16. 11. 1975; The Times, 18. 11. 1975
- 10) The Times, 8. 11. 1974
- 11) Rand Daily Mail, 26. 2. 1975, 4. 3. 1975
- 12) The Times, 4. 11. 1975
- 13) Washington Office on Africa; Washington DC: Notes on Africa, Februar 1975
- 14) Rand Daily Mail, 19. 3. 1975; Business Week, April 1975
- 15) The Star, Wochenausgabe, 5. 4. 1975; Business Week, 21. 4. 1975
- 16) South African Digest, 16. 3. 1973
- 17) The Sunday Times, 21. 10. 1973
- 18) The Sunday Times, 21. 10. 1973
- 19) South African Digest, 11. 4. 1975
- 20) Hansard, 6. 11. 1974
- 21) Hansard, 17. 6. 1975
- 22) The Times, 6. 11. 1975
- 23) Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika, Atomare Zusammenarbeit BRD - Südafrika, September 1975
- 24) The Times, 17. 10. 1975
- 25) The Star, Wochenausgabe, 8. 2. 1975



#### Schlußfolgerung

Sowohl Premierminister Vorster wie die westlichen Mächte sind sich der Möglichkeit einer größeren gewaltsamen Auseinandersetzung in Südafrika bewußt. Die Entspannungspolitik des Regimes in Pretoria, die man Ende 1974 angekündigt, gründete sich, so erklärte Vorster, auf die Notwendigkeit, eine „Katastrophe“ im südlichen Afrika zu vermeiden.

Im Grunde, und das zeigen der südafrikanische Verteidigungsaufwand und die Rolle seiner Streitkräfte, sieht das Regime, daß seine größte Bedrohung von den 20 Mio Afrikanern, Indern und Farbigen innerhalb der Grenzen ausgeht. Die gewaltige Militarisierung ist ein Anzeichen dafür, daß das weiße Regime mangelnde Sicherheit empfindet und daß es bereit ist, militärische Macht einzusetzen, wenn das System der weißen Herrschaft ernsthaft bedroht ist. Es ist sich jedoch der Notwendigkeit bewußt, den internationalen Druck gegen die Apartheid zu beenden und die westlichen Mächte gewissermaßen als Versicherung Stück für Stück in seinen internen Konflikt hineinzuziehen, indem es enge militärische Beziehungen mit ihnen entwickelt. Es gibt jetzt alarmierende und immer offensichtlichere Beweise dafür, daß die westlichen Mächte dem Wunsch Südafrikas nach Aufrechterhaltung des Apartheidsystems entsprechen entgegen ihrer Behauptung, daß es ihnen nur um die potentielle Bedrohung durch die sowjetische Flotte in den südlichen Ozeanen geht.

Als am 3. April 1976 die letzten südafrikanischen Truppen das angolische Territorium räumten und der militärische Sieg der Volksrepublik Angola endgültig besiegelt worden war, fand sich die Führung der VR China mit den geschlagenen Aggressoren unter den historischen Verlierern. Selbst wiederholte wohlmeinende Aufforderungen Präsident Agostinho Netos, die chinesische Regierung möge den Feinden des angolischen Volkes ihre Unterstützung aufkündigen und ihre Position gegenüber der MPLA korrigieren, wurden von Peking mit noch heftigeren Ausfällen gegen die kubanische und sowjetische Hilfestellung für die VR Angola beantwortet. Mehr noch, hatte die VR China mit den USA und dem südafrikanischen Vorster-Regime (u.a. im Rahmen des UN-Sicherheitsrates) bis zur bitteren Neige ihren Kampf gegen die echte Unabhängigkeit des angolischen Volkes und gegen seine heroische Befreiungsbewegung MPLA fortgeführt, so verweigert sie bis heute der Volksrepublik Angola die diplomatische Anerkennung.

Schon auf der Internationalen Angola-Solidaritätskonferenz in Luanda im Februar d.J. (vgl. Rede A. Netos in AIB Nr. 3/1976) hatten allen voran die Repräsentanten des progressiven Afrika die chinesische Angolapolitik entschieden kritisiert. In der Abschlusserklärung der Konferenz wurde die chinesische Führung namentlich verurteilt, da sie sich auf die Seite der Feinde des angolischen Volkes geschlagen habe und ein "widernatürliches Bündnis" mit den Rassisten Südafrikas, dem US-Imperialismus und seinen Marionetten eingegangen sei.

Eine kritische Analyse der chinesischen Angolapolitik verfaßte der australische Journalist Wilfred Burchett - seit Jahrzehnten ein ebenso begeisterter Anhänger wie intimer Kenner Indochinas, der chinesischen Revolution und der VR China (Buchveröffentlichung "China: eine neue Qualität des Lebens"). Der Autor weilte in den letzten Monaten als Sonderkorrespondent der französischen Zeitschrift Afrique Asie in Angola, wo er beeindruckt vom Kampf der revolutionären Volksbewegung seine kritische und - wie er betont - "unabhängige" Haltung zur chinesischen Außenpolitik zu Papier brachte. Ohne seine prinzipiell chinafreundliche und gegenüber der UdSSR distanzierte Position preiszugeben, kennzeichnet Burchett diesen Kurs Pekings als gegen den proletarischen Internationalismus gerichtet. Burchett zeichnet die chinesische Angolapolitik nach, diskutiert die offiziellen maoistischen Legitimationsversuche und setzt die aktuelle Außenpolitik der VR China ins Verhältnis zu ihren einst selbst formulierten Prinzipien des Internationalismus.

## Wilfred Burchett

### Die Angolapolitik der VR China

(...) Eines der schwersten Opfer der ersten Kulturrevolution (Periode 1966 - 1969, d.Red.) war die chinesische Außenpolitik. Die Karriere - und vielleicht das Leben - des Außenministers Chen Yi wurde nur durch den energischen Einsatz Tschou En Lais zu seinen Gunsten gerettet. Kurze Zeit schien sogar Tschou En Lai kaltgestellt gewesen zu sein. Es herrschte großes Durcheinander.

Nordvietnam wurde attackiert, weil es Friedensverhandlungen mit den USA in Betracht gezogen hatte. Ho Chi Minh wurde in öffentlichen Versammlungen beschimpft, "den Süden verkauft" zu haben! Vietnamesische Diplomaten wurden körperlich mißhandelt. Die außenpolitischen Beziehungen zu Nordkorea und Kambodscha waren während der kurzen Herrschaft der "Ultralinken" ernsthaft gefährdet, wofür diese später hart bestraft wurden. Es bedurfte einer Reihe persönlicher Initiativen Tschou En Lais, um die Schäden zu beseitigen.

Es ist notwendig, sich heute diese Periode in Erinnerung zu rufen angesichts des Lehrsatzes, der da sagt: "China hat immer recht", um herauszustellen, daß Peking sich in der Vergangenheit außenpolitische Fehler zuschulden kommen ließ. Die Schwierigkeit besteht meines Erachtens augenblicklich darin, daß China sich weigert, seine Fehler einzugestehen und immer tiefer in den Sumpf gerät bei dem Versuch, sie zu rechtfertigen.



Fehler von strategischer Bedeutung

Abgesehen von Chile, wo ich selbst niemals war, aber wo mit der stillschweigenden und sogar aktiven Unterstützung des Pinochet-Regimes der erste Schritt getan wurde, um das Ansehen Pekings in Lateinamerika auf den Nullpunkt sinken zu lassen - was seinen Freunden übrigens einen schweren Schock versetzte -, war es das von mir bereiste Angola, wo Peking einen Fehler von strategischer Bedeutung beging. Die Fehlentscheidung, die zur Unterstützung der FNLA des Holden Roberto führte, sogar nachdem - in Peking wie anderswo - bekannt geworden war, daß diese eine Schöpfung der CIA war, wurde jetzt durch die Entstellungen der aktuellen Ereignisse in Angola verschlimmert.

Die Folge davon ist der weitere Prestigeverlust Chinas im afrikanischen Bereich der Dritten Welt und ein genereller Vertrauensverlust in die chinesischen Darstellungen über das, was auf der Welt vor sich geht.

Es wäre absurd, diese außenpolitischen Fehler auf die augenblickliche Mini-Kulturrevolution zurückführen zu wollen; sie haben sehr viel früher begonnen. Da es nun mal eine der Folgen der gegenwärtigen Situation war, auf der Ebene des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas eine Kommission zu bilden, die die "rechten" Fehler untersuchen sollte, würden viele der glühendsten Anhänger Chinas erleichtert sein, wenn diese Maßnahme eine Analyse jener Fehler im Bereich der Außenpolitik zur Folge hätte. Zum Beispiel bringt die Tatsache, daß die Hilfe für Befreiungsbewegungen oder die Freundschaft zu derartigen Regierungen an deren Denunziation des "sowjetischen Revisionismus" geknüpft wird, die Gefahr mit sich, alle opportunistischen Strolche der Welt um sich zu scharen; Leute, die bereit wären, gegen materielle Zusicherungen tags darauf den "chinesischen Revisionismus" zu denunzieren, wenn die Entlohnung dafür nur hoch genug ist.

Die Aufstellung derartiger Forderungen wäre vor einigen Jahren seitens der chinesischen Führung als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes oder einer Organisation völlig zurecht verurteilt worden. Und dennoch ist es ein offenes Geheimnis, daß solche Bedingungen gestellt wurden. Sicher, die Chinesen mögen vorbringen, daß ihre Gegner seit Jahren bei internationalen Konferenzen dasselbe machen. Aber eine Politik, die auf dem Axiom beruht: "Nur die, die unsere Feinde verraten, sind unsere Freunde", ist eine schlechte Außenpolitik.

#### **Bewußte Pekinger Hilfe für die CIA-Marionetten**

Weitere unerklärliche Fehler waren die Folge. Im Sommer 1971 z.B. wurde eine Delegation führender Persönlichkeiten der MPLA in China herzlich empfangen. Ihr gehörte der Präsident Agostinho Neto und der Generalsekretär Lucio Lara an. Sie erläuterten die innenpolitische Situation ihres Landes und die Rolle der drei dort existierenden Bewegungen.

Premierminister Tschou En Lai und einige seiner wichtigsten Assistenten hörten aufmerksam zu, als man ihnen erklärte, daß die UNITA nichts anderes als eine Marionette im Dienst der Portugiesen sei, daß die FNLA durch die CIA gesteuert werde. Bezüglich der UNITA hatte Tschou einige Einwände. Aber er versicherte den Führern der MPLA, daß man angemessen handeln würde, wenn sie ihre Anschuldigungen be-

weisen könnten. Über die FNLA äußerte Tschou En Lai indessen:

"Wir wissen, daß Holden Roberto ein erklärter Agent des amerikanischen Imperialismus ist."

Die Führer der MPLA baten um militärische Hilfe einschließlich ihres Transportes. Die Hilfe wurde ihnen sofort zugesichert, aber man bat sie, sich wegen des augenblicklichen chinesischen Engagements in Indochina anderswo nach Transportmitteln umzusehen. Am letzten Tag des Besuches präzisierte Tschou selbst doch noch ausdrücklich, daß bestimmte Transportleistungen in der militärischen Hilfe inbegriffen sein sollten. Alles schien also gut zu gehen.

Aber als es dann an ihre Verwirklichung ging, handelte es sich um eine verstärkte Hilfe einschließlich militärischer Berater für Holden Roberto und seine FNLA, mit außergewöhnlichen Aufmerksamkeiten für den Präsidenten von Zaire Mobutu.

#### **Das Pochen auf die Vereinbarung von Alvor**

Der endgültige Beweis, daß die UNITA nichts anderes als ein Werkzeug des portugiesischen Neokolonialismus war, wurde Peking kurz nach dem "Coup der Hauptleute" im April 1974 übersandt. Diese Beweise, die aus den Geheimakten der PIDE stammten, waren direkt von einer der bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung der Streitkräfte besorgt worden, die aus gutem Grund über die vertraulichen Beziehungen zwischen dem Führer der UNITA, Jonas Savimbi, und dem portugiesischen Oberkommando in Angola auf dem laufenden war. Der Schriftverkehr zwischen Savimbi und den höchsten portugiesischen Militärkommandanten bewies das, was die MPLA aus Erfahrung wußte: Es handelte sich um eine direkte militärische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Liquidierung der MPLA (siehe Afrique Asie Nr.61/1974).

Im Mai 1975 wurde eine weitere Delegation höchster MPLA-Vertreter nach Peking eingeladen. Tschou En Lai war bereits im Krankenhaus. Die Unterredungen führten ein stellvertretender Premierminister (aber nicht Teng Hsiao Ping) und ein stellvertretender Außenminister, die beide an dem Treffen vier Jahre zuvor teilgenommen hatten. Man erinnerte sie an Tschous Beurteilung Holden Robertos und fragte sie, wie es möglich wäre, daß ihm eine so große Militärhilfe gewährt würde, zumal es auch schon bekannt war, daß sie zu Liquidationsversuchen gegen die MPLA diene. Es wurden photographische Beweise und andere Dokumente vorgelegt über die Grausamkeiten, die seit der Konstituierung der Übergangsregie-



J. Savimbi (links) und Holden Roberto (Pfeil) mit chinesischen Militärberatern

rung aus den drei Bewegungen von der FNLA an Partisanen der MPLA in und um Luanda begangen worden waren. Die Antwort war offensichtlich kühl und beschränkte sich auf das Argument, daß die MPLA sich an die Vereinbarungen von Alvor (vom 10. Januar 1975) halten müsse, die Portugal und die drei Bewegungen unterzeichnet hatten und die eine Übergangsregierung aus den drei Parteien bis zur für den 11. November 1975 geplanten Unabhängigkeit vorsahen.

Die langen und geduldigen Erklärungen, nach denen die MPLA alles versucht hatte, um die strikte Einhaltung der Vereinbarung von Alvor zu sichern - wohingegen die Streitkräfte der UNITA/FNLA auf Betreiben der USA nur das Ziel hatten, die Befreiungsbewegung Präsident Netos zu vernichten - stießen in China auf taube Ohren.

Es fällt schwer zu glauben, daß Peking nicht exakt über die wahre Rolle von Präsident Mobutu und Holden Roberto informiert gewesen wäre - zumal angesichts der chinesischen Militärberater, die sich im Hauptquartier von Holden in Kinkuzu/Zaire befanden. Auch gab es nicht die geringste Ungenauigkeit in der Beurteilung, die Tschou En Lai formuliert hatte, als er Holden "einen erklärten Agenten des amerikanischen Imperialismus" nannte (eine Tatsache, die später von der CIA selbst bestätigt wurde).

#### **FNLA/UNITA handelten wie das Thieu-Regime**

China stellte im November 1975 seine Unterstützung der FNLA ein und zog seine militärischen Berater ab mit der Begründung, daß die

Hilfe gewährt worden sei, um die Angolaner im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu unterstützen. Nun, nach dem Erreichen der Unabhängigkeit sei die Hilfe nicht mehr nötig, und die drei Bewegungen müßten sich auf der Grundlage von Alvor zusammensetzen und ihre Streitigkeiten beenden. Dies erklärten die chinesischen Diplomaten im Ausland, wenn man sie über diese Angelegenheit befragte. Ich habe der Konferenz in Alvor beigewohnt und der Vertrag war ebenso akzeptabel wie das Pariser Abkommen, das dem Vietnamkrieg ein Ende setzen sollte. Alles hing von der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Unterzeichner ab.

Aber die FNLA und die UNITA, unterstützt bis zum Schluß durch die USA, handelten haargenau wie das Thieu-Regime in Südvietnam. Sie benutzten das Abkommen von Alvor dazu, ihre Versuche zur Liquidierung der MPLA zu vervielfachen und sich wie Marionetten des Neokolonialismus zu gebärden. China hätte alle notwendigen Informationen besitzen müssen - und seine besten Freunde unter den Staaten und Regierungen in Afrika haben dazu beigetragen, diese Informationen zu liefern - um zu wissen, daß die MPLA eine wahrhaft nationale Haltung für ganz Angola bewahrte, eine afrikanische und internationalistische Haltung.

Die eigene chinesische Erfahrung mit der Kuomintang und, an der entgegengesetzten Grenze, in Korea und den Ländern Indochinas hätte den führenden Kreisen genügen müssen, um zu wissen, daß eine Übereinkunft zwischen Patrioten und Verrätern unmöglich ist.

Man kann es versuchen, wie es die PRR Südvietnams aufrichtig mit dem Thieu-Regime in Saigon und wie es in Angola die MPLA mit der FNLA/UNITA versuchten. Aber, um gegenüber der Weltöffentlichkeit zu erhellen, wer für und wer gegen nationale Einheit und wirkliche Unabhängigkeit ist.

#### **Chronologie einer unheiligen Allianz**

Aber solche widernatürlichen Bündnisse waren noch nie von Erfolg gekrönt. Und die brutale Wahrheit ist, daß die der FNLA gelieferten chinesischen Waffen nicht gegen die Portugiesen, sondern gegen die MPLA eingesetzt wurden.

Und ein Fehler zieht den nächsten nach sich. Die chinesische Version der Ereignisse während der Sitzung des UN-Sicherheitsrats, die einberufen worden war zur Untersuchung der südafrikanischen Aggression gegen Angola, ist dafür ein schlagendes Beispiel. Zunächst steht sie im Widerspruch zur Wahrheit und zur Chronologie der Ereignisse, wie sie Augenzeugen und offizielle Dokumente belegen.

Zweitens bringt sie China in die kaum beneidenswerte Situation der impliziten Verteidigung des rassistischen Regimes in Südafrika, das überall in der fortschrittlichen Welt und nirgendwo mehr als in Afrika, besonders in Schwarzafrika, geächtet ist.

Hier die Chronologie der Ereignisse:

- März 1975: Truppen der regulären Armee Zaires dringen in Angola ein und bringen Holden Roberto in Carmona (Provinz Uige) und anderen Städten im Norden Angolas an die Macht.
- August 1975: Südafrikanische Truppen rücken von ihren Stützpunkten in Namibia, das sie illegal besetzt halten, nach Angola vor und setzen sich in den Orten Cuangar und Calai fest.
- 23. Oktober 1975: Reguläre südafrikanische Truppen, unterstützt durch eine Panzer- und eine Artilleriebrigade, stoßen mehr als 1.000 km nach Norden vor, bevor sie von den Streitkräften der MPLA am Queve-Fluß südlich von Gabela gestoppt werden.
- 7. und 10. November 1975: Reguläre zairische Truppen, unterstützt durch portugiesische Söldner, dringen mit südafrikanischen Panzerwagen als Sturmspitze bis auf 17 km nach Luanda vor, werden aber jedesmal durch die Truppen der MPLA zurückgeschlagen.
- 10. und 11. November 1975: Die MPLA proklamiert die Unabhängigkeit und ruft die Volksrepublik Angola aus. Als unabhängiger und souveräner Staat bittet die VR Angola um kubanische und sowjetische Hilfe, um die südafrikanischen und zairischen Truppen zurückzuschlagen.

#### Chinas Prinzipien im Korea- und Vietnamkrieg . . .

Die Vereinigten Staaten haben selbst bestätigt, daß die sowjetischen Waffen erst eintrafen, nachdem die Amerikaner der FNLA und der UNITA 50 Mio Dollar Militärhilfe gewährt hatten.

So entspricht es einer völligen Verdrehung der Realität, die südafrikanische Invasion als Reaktion auf "eine sowjetisch-kubanische Aggression" hinstellen zu wollen. Es ist genauso unkorrekt und ungerecht, die kubanischen Soldaten, von denen viele ihr Leben geopfert haben, um die Eroberung Angolas durch Südafrika und Zaire zu vereiteln, als Söldner zu bezeichnen. Genauso absurd wäre es, als Söldner die Freiwilligen der Volksrepublik China im Koreakrieg zu bezeichnen, von denen viele ihr Leben gaben, um die Eroberung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik durch die Marionetten der Amerikaner zu verhindern. Nichts anderes taten die Chinesen, als sie in Erfül-

lung einer internationalen Pflicht den Vietnamesen halfen, im Vietnamkrieg ihre Nachschubwege zu verteidigen.

Es war eine chinesische Delegation, die, anlässlich der Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien 1957, völlig zurecht auf der Abänderung einer Passage im Resolutionsentwurf bestand, die besagt hatte, daß "die Revolution nicht zu exportieren ist". Die Chinesen hatten darauf bestanden zu ergänzen, daß die Konterrevolution ebenfalls nicht zu exportieren ist und daß es die Pflicht Kommunistischer Parteien sei, die die Staatsmacht innehaben, alle erdenkliche Hilfe einschließlich bewaffneter Kräfte bereitzustellen zur Unterstützung eines Volkes, das sich im revolutionären Kampf befindet und Gegenstand einer konterrevolutionären Invasion sei.

#### . . . verwirklicht Kuba in Angola

Man muß es China anrechnen, daß es diese Prinzipien in Korea und Vietnam angewandt hat. Man muß es Kuba anrechnen, daß es diese Prinzipien der internationalen Solidarität in Angola angewandt hat. So beurteilt die Geschichte die Tatsachen.

Sicher, ein Schlüsselpunkt der Fehlentscheidungen Chinas im Fall Angolas ist sein Streit mit der Sowjetunion und der Glaube, daß mit dem Niedergang des amerikanischen Imperialismus - und damit einer Verminderung der Gefahr für China - die Bedrohung durch das wachse, was China den "sowjetischen Sozialimperialismus" nennt. Daraus, daß die Sowjets entlang der chinesischen Grenze eine Million Menschen zusammengezogen hätten und die USA sich schrittweise aus Asien zurückzögen, wurden in China in dieser Angelegenheit sehr eigenartige Schlüsse abgeleitet. Aber dann jeden zu brandmarken, der die sowjetische Hilfe annimmt und



Zu den sowjetischen Hilfeleistungen für die MPLA zählten u.a. Raketenwerfer

zu verordnen, daß jede Handlung der Sowjetunion automatisch verurteilt werden muß, ist ein offensichtlicher Fehler.

Glücklicherweise wurde dieses Kriterium nicht während des Vietnamkrieges angewandt. So konnten die Vietnamesen die chinesische und die sowjetische Hilfe in Anspruch nehmen und sich die Freundschaft der beiden sozialistischen Mächte erhalten - wie es sich die Führung der MPLA auch gewünscht hätte! Wenn China in Angola ebenso gehandelt hätte, wäre es jetzt nicht in der schwierigen Lage, erklären zu müssen, warum chinesische Militärberater zusammen mit amerikanischen Beratern unter den Streitkräften der FNLA/UNITA photographiert wurden.

Ein weiterer wichtiger Grund für die chinesischen Fehlentscheidungen ist es, daß viele der Informationen, auf denen diese Politik zu beruhen scheint, von selbsternannten "maoistischen" Gruppen und deren sogenannten "marxistisch-leninistischen" Zeitungen stammen. Letztere scheinen oft eher mit der Absicht redigiert zu werden, das zu bringen, was die Herausgeber für die "Pekinger Linie" halten und was für die Leser des offiziellen China bestimmt ist, als für die örtlichen Leser eine objektive Realität sorgfältig widerzuspiegeln. Das ist die einzige Erklärung, die ich für solche absolut grotesken Aussagen zu finden vermag, was Länder wie Portugal - das ich seit dem April 1974 mehrfach besucht habe - und Angola betrifft.

#### Die Hirngespinnste der Pekinger „Hsin Hua“

Derartige Hirngespinnste haben die Eigenschaft, Chinas Feinde zu erfreuen und seine Freunde in Bestürzung zu versetzen.

Erfindungen über eine angebliche Guerillatätigkeit der vernichteten und diskreditierten FNLA/UNITA-Truppen in Angola; Gerüchte über angebliche Arbeiteraufstände in Luanda; Gerüchte darüber, daß Truppen "unter sowjetischem Kommando" 150.000 Angolaner massakriert und die Bevölkerung auf übelste Weise ausgeplündert hätten etc. (Hsin Hua, Ausgabe in englischer Sprache, Peking, 21.2.1976) - solche Erfindungen sind vollkommen lächerlich.

Ich bin fünf Wochen, vom 7. Februar d.J. an, in Angola gewesen und habe die Gebiete bereist, die man als "beherrschtes Gebiet" der FNLA/UNITA erachtete. Ich hätte mir gewünscht, daß die Kollegen der Hsin Hua - deren gewissenhafte Berichterstattung über die antiimperialistischen Schlachtfelder, auf denen wir zusammentrafen, ich schon oft bewundern konnte - sich mit mir in Angola aufgehalten hätten. Und wenig später in Portugal.

Um die Wirklichkeit zu beschreiben und nicht in Peking Thesen zu reproduzieren, die von Ideologen ausgearbeitet wurden, die "einige persönliche Rechnungen zu begleichen" haben und die dazu bestimmt sind, die Leichtgläubigkeit chinesischer Politiker zu befriedigen.

Das angolansische Volk weiß nur zu gut, wer geplündert und gemordet hat. Es waren gerade die Truppen der FNLA und der UNITA, jene aus Zaire und aus Südafrika ebenso wie die europäischen Söldner, die aus dem Abschaum der Gesellschaft stammten.

#### Zu hoher Preis der kubanisch-sowjetischen Hilfe ?

Aber überall fand man allgemeine Bewunderung für das beispielhafte, revolutionäre Betragen der kubanischen Soldaten - in der Mehrheit Schwarze, deren Vorfahren einst als Sklaven aus Angola verschleppt worden waren.

China hat seine Befürchtung geltend gemacht, als es erklärte, daß der Preis für die sowjetische Hilfe die Vergabe von Militärstützpunkten sei. Aber es gibt keine Stützpunkte der Sowjetunion in Vietnam, obwohl sie hätte versuchen können, den weiten Komplex der Flottenstützpunkte zu erben, die die USA in Da Nang und Camranh Bay errichtet hatten. Vietnam ist wie Angola Teil der nichtpaktgebundenen Länder.

Die Verfassung der VR Angola verbietet ausdrücklich ausländische Militärstützpunkte, eine Haltung, die von Präsident Neto mehrfach bestätigt wurde.

Es wäre eine große Erleichterung für die aufrichtigsten Freunde Chinas zu wissen, daß bei der gegenwärtigen Überprüfung der chinesischen Innenpolitik bestimmte unerklärliche Aspekte der Außenpolitik ebenfalls revidiert würden.

Ich erinnere mich selbst daran, was Tschou En Lai im großen Palast des Volkes in Peking dem amerikanischen Tischtennispieler Glenn Cowan erwiderte, als dieser ihn fragte, was er von der "Hippie"-Bewegung in den Vereinigten Staaten halte. Er sagte:

"Wenn man aus eigener Erfahrung erkennt, daß das, was man tut, nicht richtig ist, dann muß man es ändern."

Die Politik Chinas in Angola und gegenüber anderen Ländern verläuft in falschen Bahnen und müßte wieder auf den richtigen Weg zurückgebracht werden, der in Übereinstimmung steht mit den Prinzipien, die China selbst verteidigt hat, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus (...)

(Quelle: Afrique Asie, Nr. 107/2.5.1976)

Die Ereignisse der letzten Monate im okkupierten Westjordanien und im israelischen Galiläa haben in Israel die seit dem Oktoberkrieg tiefste politische Vertrauenskrise ausgelöst. Den internationalen Erfolgen der PLO und dem anwachsenden Widerstand in den besetzten arabischen Gebieten suchte die Regierung Rabin einerseits durch verstärkten Raub arabischen Bodens, eine forcierte jüdische Kolonisierungstätigkeit ("Judaisierung") und brutale Truppeneinsätze gegen arabische Proteste zu begegnen. Zum anderen sollte die Anberaumung vermeintlicher Selbstverwaltungswahlen im Westjordanien der zionistischen Besatzungsmacht eine scheindemokratische Legitimation verschaffen und der kollaborationswilligen jordanisch-palästinensischen Führungsschicht sollte gegenüber der PLO der Rücken gestärkt werden. Beide Rechnungen gingen nicht auf.

Gerade die Landnahme- und Siedlungspolitik rief im Westjordanien wie in Galiläa Proteste neuen Ausmaßes hervor, die ungeachtet des Polizei- und Militärterrors breiteste Kreise der arabischen Bevölkerung erfaßten. Im Frühjahr 1976 formierte sich in den arabisch majorisierten Gebieten Israels (die israelischen Araber machen rund 16% der Gesamtbevölkerung bzw. über 500.000 Menschen aus, die hauptsächlich im nördlichen Landesteil Galiläa konzentriert sind) ein "Nationalkomitee zur Verteidigung des Arabischen Bodens in Israel". Es erklärte den 30. März zum "Tag der Verteidigung des Bodens" und rief zum Generalstreik und zu Protestdemonstrationen gegen die "Judaierungsstrategie" wie die allgemeine Entrechtung bzw. nationale Unterdrückung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung auf. Wie aus einem Bericht des Nationalkomitees vom 30. März hervorgeht, wurde der arabische Proteststreik in der Tat zu einer umfassend realisierten Kampfaktion in allen größeren Orten und Landesteilen. Er nahm angesichts des von den israelischen Behörden verordneten Pogroms - gegen das Meir Vilner, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels, vor dem israelischen Parlament (Knesseth) am 31. März d.J. Anklage erhob - die Formen eines allgemeinen Aufstandes der israelischen Araber an.

Schon mit der erstmaligen Wahl eines Kommunisten, des arabischen Parlamentsabgeordneten und Schriftstellers Tawfiq Zayad, zum Bürgermeister einer israelischen Stadt, von Nazareth, hatte sich die Herausbildung eines neuen politischen Selbstbewußtseins und eine allgemeine Radikalisierung der arabischen Bevölkerung Israels angekündigt. Trotzdem kam das Ausmaß dieses Aufbegehrens für Israels herrschende Kreise völlig unerwartet. Es stellt einen neuen politischen Faktor dar, der an die Grundfesten des Staates Israel rührt und der mit den Massenkundgebungen im galiläischen Ort Arabeh und in Tel Aviv im Mai d.J. seine Fortführung fand. Diese neuerlichen machtvollen Demonstrationen richteten sich sowohl gegen die "Judaisierung" und Unterdrückungspolitik in Galiläa als auch gegen den provokatorischen Marsch von 20.000 - 40.000 klerikal-faschistischen Zionisten durch das okkupierte Westjordanland. Überdies bekundeten die demokratischen Kräfte Israels ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der palästinensischen Bevölkerung des Westufers gegen die brutale Besatzungspolitik und für die Konstituierung eines eigenen Palästinastaates. Vergeblich hatten Israels herrschende Kreise gehofft, über die Durchführung von Gemeinderatswahlen in 24 Orten des Westjordanlandes die gewählten insgesamt 205 Stadträte als Ge-

genkraft zur PLO, als Mittel zur Eindämmung der Proteste und zur Verewigung der Okkupation unter dem Anschein der "Selbstverwaltung" einsetzen zu können. Auch die Nacht und Nebel-Deportation zweier führender progressiver Bürgermeisterkandidaten von Hebron und Nablus in den Libanon wie die Zulassung von nur 88.000 der insgesamt 650.000 Palästinenser des Westufers zu den Wahlen vermochten die totale Niederlage der israelisch-jordanischen Günstlinge nicht zu vereiteln. Die Kandidaten des Nationalen Blocks, der Angehörige der Palästinensischen Nationalen Front (sie ist Bestandteil der PLO), der Kommunistischen Partei des Westjordanlandes (bis 1975 Bestandteil der Kommunistischen Partei Jordaniens) und



Palästinensische Proteste im Westjordanien

unabhängige Repräsentanten der nationalen Bourgeoisie und Intelligenz vereint, errang mit mehr als 80% der Stimmen am 12. April 1976 einen überwältigenden Sieg. Nicht wenige Beobachter werteten diesen verheerenden Mißerfolg Israels als den dritten "Schock" für Tel Aviv nach dem Einbruch des Mythos von der militärischen Überlegenheit im Oktoberkrieg und dem Aufstand der israelischen Araber vom 30. März 1976. Nicht nur dokumentiert der Wahlausgang das völlige Scheitern der neun-jährigen israelischen Befriedungs- und Annexionspolitik, sondern er verleiht ganz offenkundig dem politischen Massenwiderstand in den besetzten Gebieten neue Impulse. Mitte April d.J. beantworteten Zehntausende palästinensischer Demonstranten in Tulkarm, Jenin, Wiflean und Nablus den provokatorischen Zionistenmarsch durch okkupiertes Gebiet, der unter der Parole stand: "Das Westufer gehört uns und die Regierung muß es zu einem Teil Israels machen". Mitte Mai d.J. fanden in Ramallah, Tulkarm, Nablus, Jenin, Kalandia und anderen Orten des Westufers erneute Massenproteste statt. Als Antwort auf zwei neuerliche Morde der Besatzungstruppen an jugendlichen Demonstranten rief der neugewählte Bürgermeister von Ramallah zu einem örtlichen Generalstreik auf, dem aus Anlaß des 28. Jahrestags der israelischen Staatsgründung im gesamten okkupierten Territorium ein allgemeiner Geschäfts- und Schulstreik folgte.

Israels "Okkupationskopfschmerzen" haben in der Tat "neue und weit ernsthaftere Dimensionen" (Newsweek, 3.5.1976) erreicht als je zuvor. So wird verständlich, wenn Kriegsminister Peres zum 28. Jahrestag "ein Knirschen im Getriebe" vernimmt und laut Spiegel vom 17.5.1976 für Innenminister Burg "früher alles besser (war), sogar die Zukunft".

## Rede Meir Vilners

# Anklage gegen das Pogrom der Regierung Rabin !

Der 30. März 1976 wird in die Annalen unseres Landes eingehen als der Tag des Generalstreiks der arabischen Bevölkerung Israels gegen die Beschlagnahme ihres Bodens, für Gleichberechtigung, Demokratie und Frieden. Das waren die Ziele des Streiks am Tag der Verteidigung des Bodens.

Der 30. März 1976 wird ebenso in die Geschichte eingehen als der Tag des blutigen Pogroms des Regimes gegen die arabische Bevölkerung Israels, eines Pogroms, das vorausgeplant war, um 'diesen Arabern eine Lektion zu erteilen' und das aus der vorgefertigten Konzeption erwuchs, 'die Araber verstehen keine andere Sprache als blutige Gewalt...'

### Das blutige Pogrom vom 30. März geht auf das Konto der Regierung

Wir lasten die ganze Schuld für die sechs ermordeten unschuldigen Menschen und die mehr als 100 Verwundeten der Regierung an - oder genauer, der inneren 'Führungsspitze' der regierenden Arbeiterpartei, die einige Tage zuvor beschloß, gegen den Streik der arabischen Bevölkerung mit eiserner Faust vorzugehen. Um

genau zu sein, ist die direkte Verantwortung für das terroristische Blutbad dem Premierminister Rabin, dem Kriegsminister Peres und dem Polizeiminister Hillel zuzuschreiben.

Die Massenmedien haben nicht die Wahrheit berichtet über das, was in den frühen Morgenstunden in Sakhnin geschehen ist. Sie behaupteten, daß drei Personen getötet und viele andere verletzt worden seien, weil sie die Ausgangssperre nicht eingehalten hätten. Ich habe vollkommen anderslautende Augenzeugenberichte erhalten - von Personen, die an Ort und Stelle waren, darunter auch von Geistlichen.

Jene Getöteten und Verwundeten wurden von Kugeln niedergestreckt, die man in ihre Häuser gefeuert hatte und nicht außerhalb ihrer Häuser während der Ausgangssperre, wie behauptet wurde.

Wir fordern, daß dies alles untersucht werden muß.

(Hier, wie während der ganzen Rede, wurde Meir Vilner unterbrochen von lang anhaltenden und hysterischen Zwischenrufen seiner Opponenten.



Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, fuhr er fort:)

Und was ist dabei, wenn Jugendliche an einigen Orten Barrikaden errichten? Ist das ein Grund, das Feuer auf friedliche Menschen zu eröffnen?

Haben nicht erst vor wenigen Wochen Einwohner des jüdischen Städtchens Rosh-Ha'ayin (während einer Häuserbesetzung) Barrikaden errichtet, Polizeifahrzeuge auf den Hauptstraßen umgeworfen und sie angezündet? Hat die Polizei das Feuer auf sie eröffnet? - Nein.

Wurden Schußwaffen gegen streikende Busfahrer benutzt? - Nein.

Wurde das Feuer auf die Hafenarbeiter von Eylat eröffnet, als sie für ihre gerechten Forderungen streikten und den Hafen für vier Wochen lahmlegten? - Nein.

Haben die Sicherheitskräfte auf die Gush-Emunim-Banden (extrem chauvinistische Klerikalfaschisten, die sich widerrechtlich in besetzten Gebieten ansiedelten) geschossen, als sie mit Soldaten des Grenzschutzes zusammenstießen und Regierungsanordnungen ignorierten? - Nein.

Und wenn Schüler am Generalstreik gegen die Landbeschlagnehmung teilnehmen wollen - ist das ein Grund, das Feuer zu eröffnen, sie zu verletzen? - Nein. Es war vorsätzlich und vorher angekündigt, daß mit eiserner Faust gegen die arabische Bevölkerung eingeschritten würde, falls sie es wagen sollte zu streiken.

#### **Kriminalisierung eines legitimen Proteststreiks**

(Weiter widersprach M.Vilner den Lügen, daß die Kommunistische Partei Israels zum Aufruhr aufgehetzt habe oder dafür verantwortlich sei, was am Vortage geschehen war.)

Der Streik war kein allein von der Kommunistischen Partei getragener Streik. Die gesamte arabische Bevölkerung nahm am Streik teil allen Drohungen und Einschüchterungen zum Trotz. Das ganze Arsenal der Herrschenden wurde mobilisiert: der Verwaltungsapparat der Regierung, die Armee, Grenzschutz, Polizeitruppen, die Massenmedien, Entlassungsandrohungen gegen Arbeiter, usw. Und trotzdem stellte sich der Streik als umfassender heraus als dies von irgendjemand angenommen worden war - einschließlich seinen Initiatoren.

Der Streik brachte exakt die Losung zum Ausdruck, unter der er durchgeführt wurde: Gegen die Enteignung des arabischen Landes und für gleiche Rechte. Der Streik hatte nicht das Ziel, das man ihm unterschob. Niemand unter der arabischen Bevölkerung stellt das Recht auf souveräne Existenz des Staates Israel in Frage. Er wurde vorbereitet als ein ruhiger

und friedlicher Proteststreik...

(Hier wurde M.Vilner erneut durch langatmige und hysterische Zwischenrufe unterbrochen, darunter Behauptungen wie die Kommunisten stellten das Existenzrecht Israels in Abrede oder betrieben die Abtrennung Galiläas von Israel. Auf diese Unterstellungen entgegnete M.Vilner:)

#### **Kernpunkt ist die nationale Unterdrückung der Araber**

Das ist blutiger Hohn! Diejenigen, die Galiläa als Teil Israels in Frage stellen, sind weder die Kommunisten noch die arabische Bevölkerung. Es ist gerade die Regierung, die die arabische Bevölkerung Galiläas und die gesamte arabische Bevölkerung Israels der Diskriminierung und nationalen Unterdrückung aussetzt und sie wie die Bevölkerung eines fremden, besetzten Territoriums behandelt.

Sie sind nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Wohnung des Mitglieds der Knesseth (das israelische Parlament, d.Red.) und Bürgermeisters von Nazareth, Tawfiq Zayad, und seine Familienangehörigen in krimineller Weise anzugreifen.<sup>1)</sup>

Die Übergriffe der Grenzschutztruppen dauern an, erst heute wieder, mitten in der Nacht nach dem Streik - und die Massenmedien hüllen sich darüber in Schweigen - haben Grenztruppen wieder friedliche schlafende Einwohner im Dorf Taibeh angegriffen, Fenster und Türen dutzender Wohnungen eingeschlagen, Frauen und Kinder verwundet und viele Menschen wurden inhaftiert. Deshalb beantragen wir, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, da sie verantwortlich ist für die Ermordung von arabischen Einwohnern, für die Durchführung eines Pogroms unter der arabischen Bevölkerung Israels.

Wir beantragen darüber hinaus, daß eine umfassende Untersuchung dieser Vorfälle durchgeführt wird. Wir warnen nachdrücklich: Diese Politik der Regierung droht Unheil über Israel zu bringen!

(Quelle: News Letter, Tel Aviv, 2.4.1976)

#### Anmerkung der Redaktion:

1) Einem Bericht des "Nationalkomitees zur Verteidigung des arabischen Landes in Israel" zufolge nahmen israelische Grenztruppen das Haus von Tawfiq Zayad am 30. März unter Feuer, nachdem sie infolge des Widerstandes seiner Bewohner vergebens versucht hatten, es zu stürmen. "Offensichtlich in der Hoffnung ihn (T.Zayad) dazu zu provozieren, nach Hause zu kommen", wiederholten sie ihre Attacken. Als Zayads Familie jedoch schließlich das belagerte Haus räumte, schritt die Polizei zur Verwüstung der Inneneinrichtung. Der von Bürgermeister Zayad in Nazareth angeführte Generalstreik wurde trotz des besonders massierten Truppeneinsatzes gerade dort vollständig durchgeführt.

Das nachstehende Dokument der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT ist von herausragender aktueller politischer Bedeutung. In ihm wird anhand der neuesten Entwicklungen der Finanzverbindungen Chiles mit den imperialistischen Hauptländern und der ökonomischen Krise, in die die Pinochet-Junta das Land gestürzt hat, der Beweis erbracht, daß die finanzielle Hilfe für die Junta in keinsten Weise das wirtschaftliche und soziale Elend des chilenischen Volkes lindert, sondern einzig und allein der Stabilisierung der Terrorherrschaft dient.

Dies und der in der CUT-Erklärung enthaltene Forderungskatalog sind eine Unterstützung der von der Athener Chile-Solidaritätskonferenz im November des letzten Jahres eröffneten Kampagne für einen umfassenden politischen, ökonomischen und kulturellen Boykott der faschistischen Diktatur, die in der Bundesrepublik in der Hauptsache vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) unter dem Motto "Nichts für die Junta - Nichts von der Junta!" getragen wird (vgl. AIB Nr. 3/1976). Zusätzliche Aktualität erhält die Erklärung der chilenischen Gewerkschaftszentrale durch den Anfang Mai erfolgten Besuch von US-Finanzminister William E. Simon in Santiago de Chile. Simon, der als erster Minister der USA nach dem faschistischen Putsch gegen die Regierung Allende nach Chile reiste, stellte der Junta ein größeres "Hilfsprogramm" in Aussicht, das vor allem die Stimulierung privater Investitionen, Risikogarantien und Steuererleichterungen für die in Chile investierenden US-Monopole enthält. Gleichzeitig unterstützt die US-Regierung Pinochet insgeheim bei der Tilgung der chilenischen Auslandsschulden, die 1976 allein 40% der Deviseneinnahmen des Landes verschlingen.

## Erklärung des Auslandskomitees der CUT zur ausländischen Finanzhilfe an die Junta

Die Militärjunta hat das Land in eine nie dagewesene Krise gestürzt. Sie schreibt die Gründe für diese Krise der schlechten Weltwirtschaftslage zu und versucht, für 1976 ebenso wie für die Jahre 1974 und 1975 massive ausländische Finanzhilfe zu bekommen. Aufgrund der internationalen Ablehnung ihrer Politik ist sie bestrebt, die Weltmeinung zu täuschen. Die CUT hat die Pflicht, diese Absicht zu entlarven und die Arbeiter und demokratischen Kräfte aufzurufen, die Durchführung dieses Plans zu verhindern.

Diese Erklärung verfolgt verschiedene Zwecke. Einmal sucht man, einer Versammlung des Club von Paris aus dem Wege zu gehen - aus Angst, daß es zu einer neuerlichen Ablehnung der Diktatur kommen könnte. Schon 1975 haben sieben Länder (England, Italien, Schweden, Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen) der Junta eine weitere Unterstützung verweigert. Zum anderen versucht man zu wiederholen, was man schon nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Club von Paris 1975 gemacht hat: im Stillen mit den restlichen Ländern und internationalen Organisationen zu verhandeln. 1975 waren es die USA, Kanada, Japan, BRD, Frankreich, Spanien, Schweiz, der Internationale Währungsfond, die Weltbank und andere Institutionen, die von den USA geleitet werden und die der Junta neue Finanzerleichterungen gewährten. Schließlich geht es der Junta auch darum, indirekt ihre Politik als Erfolg auszugeben, die für die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung lediglich Krise und Elend gebracht hat.

2. 1974 verfügte die Militärjunta über das größte Volumen an ausländischen Finanzmitteln, das es jemals in der Geschichte des Landes gegeben hat. Seine Höhe übertraf die Mittel um das Zweifache, die man in der Periode 1970-1972 (1,2 Mrd US-Dollar) erhalten hatte, nämlich 2,4 Mrd US-Dollar. Trotz alledem war das Bruttosozialprodukt geringer als im Jahre 1972. Das hat seine Ursachen darin, daß ein entscheidender Teil dieser Mittel für den Import von Luxusgütern, Warenhortung und Militärausgaben verschwendet wurde. 1975 versuchte man, den

1. Die Militärjunta hat angekündigt, daß sie beim Club von Paris keine Umschuldung der Schuldendienste ihrer Auslandsschuld für 1976 beantragen wird. Der Finanzminister, der die Erklärung abgab, erläuterte, daß dies möglich sei aufgrund der verbesserten internationalen Beziehungen des Landes. Dieser angebliche Erfolg sei das Resultat der Wirtschaftspolitik, die im Laufe des Jahres 1975 durchgeführt wurde.

**Nichts für die Junta  
Nichts von der Junta**

**Boykott  
Solidarität mit dem  
chilenischen Volk!**



sinkenden Kupferpreis als Hauptursache der Krise auszugeben. Man ließ die Tatsache beiseite, daß die Finanzhilfe, die die USA, die internationalen Finanzkreise und die großen, multinationalen Konzerne weiter gewährten, das Absinken der Preise zum großen Teil kompensierte. Durch diese Mittel konnte die Militärregierung im vergangenen Jahr Güter und Dienste für rund 2 Mrd US-Dollar einführen. Trotz des internationalen Preisanstiegs ist das eine beträchtliche Summe. Es ist deshalb schwierig, die innere Situation den internationalen Wirtschaftsbedingungen anzulasten.

### Die Konsequenzen der Krise

3. Die Militärjunta führte eine restriktive Innenpolitik durch, die in einer Krise gipfelte, die in ihren Ausmaßen nur mit der in den dreißiger Jahren vergleichbar ist. 1975 sank die industrielle Produktion um 25% im Vergleich zu 1974, was im Vergleich zu 1972 ein Absinken um 31% und im Vergleich zu 1969 um 16% bedeutet. Die Agrarproduktion ist infolge der schlechten Erträge in den Hauptanbaugebieten gesunken. Dieser Rückgang, der sich aus der Verteuerung der Düngemittel, anderer Güter und der Kredite erklärt, geht so weit, daß er von der Schule für Agraringenieure als nationale Katastrophe bezeichnet wurde. Im Bausektor wurden als Resultat der Verringerung der öffentlichen Ausgaben Produktionsziffern erreicht, die nicht einmal die Hälfte der des Jahres 1974 ausmachen. Die offiziell anerkannte Arbeitslosenrate erreicht mehr als 17% in Großsantiago, das über ein Drittel der aktiven Bevölkerung umfaßt. Es ist bekannt, daß diese Zahl weit unter der wirklichen Rate liegt. Die allgemeine Auswanderung der Arbeitslosen und die Arbeitslosenrate im Inneren des Landes, die immer wesentlich höher ist als in der Hauptstadt, gehen in diese Statistiken nicht ein. Die Gewerkschaften haben den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit auf 800.000 Arbeitslose, was 25% der Arbeitskräfte entspricht, beziffert.

Die Maßnahmen, die zu dieser extremen Situation geführt haben, waren schon 1974 angelegt, wurden aber erst in den ersten Monaten des Jahres 1975 wirksam. Den Vorwand für die eingeleiteten Maßnahmen bildete die Bekämpfung der Inflation. Die auf diesem Gebiet erreichten Resultate können nicht geringer sein. Die jährliche Preissteigerungsrate, die 1974 375% erreichte, ging 1975 auf 345% zurück. Diese Verringerung des Inflationsrhythmus kann in jedem zufälligen Umstand begründet sein. Aber wenn man die angewandten Maßnahmen mit ihren Resultaten vergleicht, wie den Fall der Ein-

kommen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und des Elends, verwandeln sie sich in eine kriminelle Unverantwortlichkeit und Unfähigkeit.

4. Die Konsequenzen dieser Krise haben in erster Linie die Arbeiter getroffen. Zu der wachsenden Arbeitslosigkeit kommt die ständige Verringerung der Kaufkraft, der Löhne und Gehälter hinzu. Im September 1975 betrug sie nur noch 75% der vom Dezember 1974, die wiederum 35 bis 40% niedriger als 1969 war. Man kann berechnen, daß der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen, der 1969 bei 51% und 1971 bei 64% lag, auf weniger als 30% im Jahre 1975 gesunken ist. Dieser Anteil, der ungefähr 2,5 Mrd US-Dollar jährlich ausmacht, ist den Arbeitern entzogen worden und einer Handvoll nationaler und ausländischer Monopole zugute gekommen. Die Einschränkung des inneren Marktes, die durch den Fall der Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten, das Fehlen öffentlicher und privater Investitionen und die Verringerung von Steuerausgaben zustande kommt, hat eine wachsende Krise bei den kleinen und mittleren Produzenten und Händlern zur Folge gehabt. Die großen Finanzgruppen, die zeitweilig gewisse Schwierigkeiten mit der Produktion hatten, haben ihre Einnahmen jedoch halten und durch Kapitalspekulation vermehren können. Das Ausmaß der Krise ist direktes Ergebnis der von der Junta angewandten Mittel, die darauf abzielen, die Staatsausgaben zu senken und dem großen ausländischen Kapital und einer kleinen kreolischen Oligarchie Garantien zu geben. Dies ist die Basis all ihrer Entscheidungen.

Aus diesem Grund steht das Ausmaß der Krise in keinem Verhältnis zur Verringerung der ausländischen Finanzhilfe. Ebenfalls aus diesem Grunde wird eine Aufstockung der Mittel keine Verbesserung der elenden Situation der Arbeiter bringen, während es der Junta dadurch ermöglicht wird, ihre Politik fortzusetzen.

### „Die Folter ist integrierter Bestandteil des Systems“

5. Die wirtschaftliche Situation ist das Resultat und Ergebnis der ständigen Repression und systematischen Verletzung der Menschenrechte. Die zunehmenden Aktivitäten der kreolischen GESTAPO, der DINA, reichen inzwischen bis in die Streitkräfte hinein, selbst bis zu den Befehlshabern. Tausende von Mitgliedern und Führern der Gewerkschaftsbewegung sitzen weiterhin in den Gefängnissen, weil sie ihre Rechte verteidigten. Nach mehr als zweieinhalb Jahren Gefängnis wird jetzt ein neuer Prozeß gegen Führer der Unidad Popular auf der Grundlage vorgeblicher Vergehen, mit denen die Jun-



ta ihren Putsch von 1973 rechtfertigen will, begonnen. Die Repression macht auch nicht mehr vor Teilen der Christdemokraten halt, die sich in offene Opposition zur Diktatur gestellt haben. Indem sie einigen hundert Gefangenen die Freiheit gibt, versucht die Junta das Bild verringerter Repression zu geben, während jedoch Tausende weiter ohne jede Anklage im Gefängnis sitzen. Diese demagogischen Manöver können die grundlegenden Sachverhalte, die die Fortführung der Repression beweisen, nicht verschleiern: die Verweigerung der Einreise für eine UN-Untersuchungskommission, der Ausschluß von ca. 200 Professoren von der Universität, die Folterungen, denen die britische Ärztin Cassidy unterworfen war und die Verurteilung des Regimes durch die Menschenrechtskommission der UNO beweisen, daß sich nichts an ihrer Politik geändert hat. Die Untersuchung, die von einer speziellen Gruppe der Menschenrechtskommission der UNO durchgeführt wurde, schloß folgendermaßen: "... daß die Folter institutionalisiert wurde und integrierter Bestandteil des gegenwärtigen Regimes ist."

6. Dieses Verhalten der Diktatur führt dazu, daß die entwickelten kapitalistischen Länder, entgegen den Bemühungen der Regierung der USA, der Junta mehr und mehr ihre politische und finanzielle Unterstützung entziehen. Darüber hinaus nehmen die Kräfte, die diese Unterstützung verurteilen, sogar innerhalb der US-Regierung ständig zu. Das Votum gegen die Junta durch die USA in den Vereinten Nationen zeigt, an welchem Punkt die Unterstützung der Junta

hinderlich geworden ist.

Die Ablehnung einer Umschuldung von sieben Ländern des Clubs von Paris ist ein Zeichen der zunehmenden Isolierung der Junta. Als Antwort hierauf hat die Militärregierung den Weg eingeschlagen, ihre Schulden nicht zu bezahlen. So im Falle von England, wo sie von einer 30 Mio Dollar-Verpflichtung nur 8 Mio tilgte, was einem Vertrag zum Bau von Unterseebooten entsprach. Die Fortführung der Repression hat in Ländern wie Schweden dazu geführt, die Unterstützung der Gesuche der Junta in den internationalen Finanzorganisationen an die Bedingung zu knüpfen, daß die Verfolgungen eingestellt werden müssen. In diesem Klima der Verschlechterung ihrer internationalen Beziehungen hat die Junta es vorgezogen, ihren Bedarf an finanziellen Mitteln nicht dem Club von Paris vorzulegen. Sie fürchtet eine neuerliche internationale Verurteilung durch eine wichtige Anzahl seiner Mitglieder.

#### Die Bedeutung der Umschuldungen

7. Die Haltung gegenüber dieser Organisation spiegelt nicht die wahre Außenfinanzsituation der Junta wider. Um ihre Politik fortsetzen zu können, benötigt sie für 1976 beträchtliche Mittel, ca. 900 Mio bis 1 Mrd US-Dollar. Sie glaubt, dieses Geld durch "Geschäfte im Stillen" hinter dem Rücken der Arbeiter und der öffentlichen Meinung erhalten zu können. Die Hauptquellen, die die Junta um Hilfe zu bitten gedenkt, sind 1. die internationalen Finanzorganisationen, hauptsächlich den Internationalen Währungsfond und die Weltbank. Sie hofft, dort abermals die Unterstützung der USA und einzelner Ländervertreter, die sich entgegen der offiziellen Haltung ihrer Regierungen nicht den Gesuchen der Junta widersetzen, zu finden; 2. hofft sie, die Mittel, die ihr die Umschuldung bringen würde, durch bilaterale Abkommen mit den sieben Ländern, die sie schon 1975 unterstützten, zu bekommen. Und schließlich gedenkt sie, in den Ländern die großen Unternehmen oder halboffiziellen privaten Organisationen zu benutzen, deren Regierungen und Volk zwar gegen eine Unterstützung der Militärdiktatur sind, aber diesen Interessen unterworfen sind.

8. Das Auslandskomitee der CUT stellt abermals fest, daß - wie die Tatsachen zeigen - die finanzielle Unterstützung der Junta in keinsten Weise die ökonomische Situation der Arbeiter und des Volkes von Chile verbessert. Sie trägt im Gegenteil nur zur Unterstützung der Diktatur, zur Fortführung der ständigen Verletzung der Menschenrechte und zur Verlängerung der Diktatur bei.

### Forderungen der CUT

Unter Berücksichtigung all dieser Zusammenhänge ruft die CUT alle Arbeiter, alle gewerkschaftlichen Organisationen und demokratischen Kräfte auf:

- a. Bilaterale Umschuldungsverhandlungen mit der Junta in der ganzen Welt zu verhindern, besonders in den sieben Ländern, die sich im letzten Jahr dazu bereit gefunden haben: USA, Kanada, Japan, BRD, Frankreich, Spanien und die Schweiz.
- b. Die Gewährung von Sicherheiten, um die sich private Unternehmen, die Exportgeschäfte mit der Junta abwickeln, bemühen (bei staatlichen Organen wie Cophase in Frankreich, I.C.G.D. in England, Hermes-Kredite in der BRD und ähnlichen Instituten in anderen Ländern) zu entlarven und deren Ablehnung zu fordern.
- c. Zu fordern, daß die Vertreter der verschiedenen Länder in den internationalen Finanzorganisationen, wie dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank, die Gesuche der Junta in Übereinstimmung mit der offiziellen Position ihrer Regierungen ablehnen. Es ist besonders wichtig, in dieser Hinsicht auf den Internationalen Währungsfond

einzuwirken. In seinem Vorstand sind Länder wie England, Italien, Holland, Belgien, Schweden, Mexiko und Indien vertreten und Regierungen, die in Opposition zur Junta stehen wie Algerien und Libyen, haben beträchtlichen Einfluß.

- d. Zu fordern, daß die Schuldentzahlungen beglichen werden, die die Junta 1976 zu leisten hat besonders gegenüber den Ländern, die 1975 keine Umschuldungen gewährt haben. Dazu gehören England, Schweden, Italien, Dänemark, Holland, Belgien und Norwegen.
- e. Die Zahlung der Schulden von 1975 zu erzwingen, wie es z.B. im Falle von England über Protestaktionen, Zurückhaltung und Beschlagnahmungen der Exporte von und nach Chile gelungen ist.
- f. Aufklären und verhindern, daß Unternehmen in Chile investieren und die Junta unterstützen, wie z.B. Stevin in Holland, Metallgesellschaft in der BRD, Gazocean in Frankreich, Ataka in Japan, Rockitt und Cellman in England, Geomin in Rumänien und verschiedene andere Länder.

Auslandskomitee der CUT, Saint-Denis, Februar 1976

## Kurzinformation

### Chile

Unter dem Druck seiner zunehmenden internationalen Isolierung mußte die faschistische Pinochet-Junta Anfang Mai d.J. insgesamt 49 politische Gefangene freilassen. Unter den Freigelassenen befinden sich führende Politiker der Unidad Popular, die auch in der von der Junta insgeheim vorbereiteten Prozeßfarce "Gegen Corvalan und andere" (vgl. AIB Nr. 3/1976) unter dem Vorwand der "subversiven Tätigkeit in den Streitkräften" angeklagt waren, so Anibal Palma (Radikale Partei, Erziehungsminister), Pedro Felipe Ramirez (Christliche Linke, Bergbauminister), Sergio Voscovic Rojo (Kommunistische Partei, Bürgermeister von Valparaiso) und Andres Sepulveda (Sozialistische Partei, Abgeordneter).

Die Freilassung dieser chilenischen Patrioten ist ein großer Erfolg der internationalen Solidaritätsbewegung. Gleichzeitig entzog sich die chilenische Junta damit jegliche Grundlage für den von ihr angestrebten Prozeß gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, dessen Leben, solange

er sich in den Händen des Pinochet-Regimes befindet, in höchster Gefahr ist.

Dieses Zugeständnis der Junta zielt indessen darauf ab, ihre weltweite politische und wirtschaftliche Isolierung zu durchbrechen. Darin trifft sie sich mit der US-Regierung, die mit ihrer Politik der massiven Unterstützung des chilenischen Regimes zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten vor der UNO gerät. So verstieg sich der US-Finanzminister Simon kurz vor seinem Chile-Besuch Anfang Mai d.J. angesichts Tausender chilenischer Patrioten, die noch immer in den Konzentrationslagern und Folterhöhlen befinden, zu der zynischen Behauptung:

"Die derzeitige Regierung Chiles bewegt sich ganz klar in Richtung auf größere Freiheit für ihr Volk." (Neue Züricher Zeitung, Fernausgabe, 5.5.1976)

Die Erfahrung der Solidaritätsbewegung aber zeigt, daß nicht Finanzspritzen für die Junta, sondern nur ihr totaler Boykott durch die Völker der Welt Chile und seine Patrioten der Freiheit ein Stück näher bringen können.

## Äthiopien

Anderthalb Jahre nach dem Sturz Kaiser Haile Selassie hat der seitdem an der Macht befindliche Provisorische Militärverwaltungsrat Äthiopiens (DERG) am 21.4.1976 ein Programm der nationaldemokratischen Revolution veröffentlicht. Darin wird die "völlige Beseitigung des Feudalismus, des bürokratischen Kapitalismus und Imperialismus im ganzen Land - Konstituierung der Volksdemokratischen Republik Äthiopien" angekündigt. Die Basis hierfür sind die - entsprechend dem Ende 1974 proklamierten Fortschrittsprogramm - bereits weitgehend vollzogenen politischen und sozialökonomischen Veränderungen, die seit dem Sturz Kaiser Haile Selassie in Gang gesetzt wurden: die Beseitigung der Monarchie, die Brechung der ökonomischen Macht der feudalen Aristokratie durch die Enteignung ihres Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung industrieller und landwirtschaftlicher Großbetriebe der mit der kaiserlichen Sippe verbündeten bürokratischen Bourgeoisie sowie die Nationalisierung von Banken und Versicherungen.

Dem neuen Programm der nationaldemokratischen Revolution zufolge soll nun als Führungsorgan der projektierten Volksdemokratischen Republik Äthiopien ein 15 Mitglieder starkes Komitee an der Spitze eines "provisorischen Volksorganisationsamtes" gebildet werden. Ihm ist die Aufgabe zugewiesen, zum einen ideologische Aufklärungsarbeit unter den Massen zu betreiben und zum anderen eine revolutionäre Volksfront zu schaffen. Dazu formuliert das Programm:

"Die Revolution kann nur siegreich sein, wenn sich alle fortschrittlichen Kräfte zur Vereinten Volksfront zusammenschließen, die von einer auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehenden Arbeiterpartei geführt wird". (Neues Deutschland, 27.4.1976)

## Westsahara

Den Beschlüssen der Vereinten Nationen, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sowie den zunehmenden Protesten der internationalen Öffentlichkeit zum Trotz setzt Marokko den Krieg gegen die Demokratische Arabische Republik Sahara fort. Die Hauptstützen dieser Aggression sind die USA, die in Marokko bedeutende Militärstützpunkte unterhalten und Frankreich, das seit Anfang März d.J. König Hassan II. von Marokko durch eine tägliche Luftbrücke mit Kriegsmaterial versorgt. Die BRD ist nicht zuletzt durch Finanzhilfen, die auch zur Aufstockung des aufgeblähten marokkanischen Militärbudgets dienen, mit von der Partie.

## Sammelt Unterschriften gegen das Atomkomplott BRD - Südafrika!



Dieser Ausgabe des AIB liegt eine Unterschriftenliste des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) bei mit der Forderung nach sofortigem Stopp der atomaren Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Republik Südafrika.

Das AIB bittet seine Leser, für diese Forderung massenhaft Unterschriften zu sammeln und die Listen einzusenden an:

Antiimperialistisches  
Solidaritätskomitee

Eichwaldstr. 32

6000 Frankfurt/M.

Unterdessen hat die brutale Aggression gegen das friedliebende Volk der Sahrauin verheerende Ausmaße angenommen. Auf einer Pressekonferenz in Zürich, zu der u.a. das Hilfswerk der evangelischen Kirche, der christliche Friedensdienst, das schweizerische Arbeiterhilfswerk und Terre des Hommes, Schweiz im April aufgerufen hatten, berichtete eine Delegation schweizerischer Ärzte, die den Kriegsschauplatz besucht hatten, über ihre Eindrücke: Sie bestätigten die systematische Zerstörung der ökonomischen Basis der Bevölkerung durch das Abschießen von Viehherden und durch die Vergiftung von Wasserstellen, die in der DAR Sahara, einem Land ohne dauernde Wasserläufe, eine entscheidende Bedeutung haben. Darüber hinaus erhoben sie Anklage gegen die "marokkanische Tendenz zum Genozid" (Mord an nationalen, rassischen oder religiösen Gruppen) und bekräftigten die offiziellen algerischen Angaben, wonach die zunehmende Zahl der Flüchtlinge Ende April etwa 70.000 betrug - in der Mehrzahl Alte, Frauen und Kinder. Sie sind in 14 Flüchtlingslagern untergebracht, in denen trotz des materiellen Notstandes - Tagesration an Nahrungsmitteln von ca. 850 Kalorien - eine gut funktionierende Selbstverwaltung organisiert und auch Alphabetisierungskampagnen durchgeführt werden. Die Flüchtlingslager sind gegen die harte Witterung nur äußerst notdürftig eingerichtet. Sie werden - nach Aussagen der schweizerischen Ärztedelegation - von der marokkanischen Luftwaffe mehrmals täglich angegriffen,

"und zwar unter Einsatz von traditionellen Bomben, Übelkeit verursachenden Gases und von Napalm. Napalm-Verbrennungen bei Flüchtlingen haben die Schweizer Ärzte selber festgestellt." (Neue Züricher Zeitung, 6.5.1976).

## Argentinien unter der Militärjunta

Noch eineinhalb Monate nach dem Sturz Isabel Perons durch den Staatsstreich der Militärs am 24. März d.J. läßt die in Argentinien entstandene Situation noch einiges offen, welches endgültigen politischen Kurs das aus den Oberkommandierenden der Streitkräfte J. Videla (Heer), E. Massera (Marine) und O. Agosti (Luftwaffe) gebildete Triumvirat eingeschlagen wird.

Die durch das Nichteinlösen ihrer Reformversprechungen, die verheerende Wirtschaftskrise und die innere Zerrissenheit der peronistischen Bewegung völlig diskreditierte und handlungsunfähige Regierung Peron konnte auf keine Massenunterstützung mehr rechnen; den Aufrufen der rechtsperonistischen Führer der Zentralgewerkschaft CGT zum Generalstreik wurde nicht Folge geleistet. Argentiniers Arbeiter waren nicht bereit, Isabel und ihr heruntergewirtschaftetes Regime zu verteidigen, das die Wirtschaftskrise primär durch einen vollständigen Lohnstopp und Preiserhöhungen der öffentlichen Dienstleistungen (sog. Mondelli-Plan) auf Kosten der Werktätigen zu beheben gedachte. Hinzu kam die anhaltende, vornehmlich seitens der ultrarechten Antikommunistischen Allianz Argentiniens (AAA) aber auch der ultralinken Revolutionären Armee des Volkes (ERP) verübte Terrorwelle, die, zumal sie sich auch gegen hohe Offiziere richtete, den Militärs eine zusätzliche Legitimation zum Umsturz verschaffte. Die Uneinigkeit der demokratischen Kräfte erleichterte der Armeeführung desweiteren die Machtübernahme, die sie seit der Revolte einer Gruppe rechter Luftwaffenoffiziere im Dezember 1975 in ziemlicher Offenheit vorbereitete.

Die Durchführung des Putsches verlief in Argentinien - im Unterschied zu Chile 1973 - ohne großes Blutvergießen (freilich auch ohne nennenswerten Widerstand) und der Machtantritt der Junta trug relativ gemäßigte Züge. "Das Hauptziel ist die Reorganisation der unabhängigen Werte, die für den Staat bestimmend sind", hatte General Videla im Antrittskommuniqué verkündet. Ähnlich vage gehalten wurden weitere Ziele der Junta: Argentinien solle einen würdigen Platz in der "christlichen Welt" einnehmen und man wolle den "Kampf gegen die Subversion" aufnehmen.

Als bedeutsam hielt die Kommunistische Partei Argentiniens fest, "daß die Militärregierung eine Lösung à la Pinochet verworfen hat" (Horizont Nr. 15/1976). Zugleich wies sie jedoch mit Nachdruck auf das Drängen einer starken Strömung von "Pinochetanhängern" innerhalb der Streitkräfte hin.



Offenbar repräsentieren General Videla und die Mehrzahl der Heeresführung den gemäßigten bzw. für eine mittelfristige Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung plädierenden Flügel in den Streitkräften, während das Gros der Marine und Luftwaffe für die rigorose Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und einen harten Kurs in offen faschistischen Bahnen eintritt. Obwohl sich dieses Kräfteverhältnis zwischen Gemäßigten und "Pinochetanhängern" noch im Fluß befindet, häuften sich in den letzten Wochen die Anzeichen, die eher auf einen Machtzuwachs der ultrarechten Militärs schließen lassen.

Nach der Suspendierung der Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften (einschließlich dem Verbot von fünf trotzkistischen und maoistischen Organisationen), der Auflösung der parlamentarischen Institutionen, der Inhaftierung von ca. 3.000 Gewerkschaftsführern und Regierungsbeamten, der Übertragung der gesetzgebenden und exekutiven staatlichen Funktionen an Offiziere ("nationale Reorganisation") folgten Mitte April die Errichtung der staatlichen Kontrolle über die Gewerkschaften, die Einsetzung von Militärtribunalen sowie eine Verschärfung der Pressezensur.

Die rund 160 Todesopfer (darunter Gewerkschafter und Führer der Linksparteien) im ersten Monat der Junta-Regierung wiesen überwiegend die Merkmale des ultrarechten Terrors auf und deuten auf eine stillschweigende Duldung bzw. kaum eingeschränkte Tätigkeit der AAA hin. Anfang Mai gab die neue Regierung bekannt, sie gebe fortan dem "Kampf gegen die Subversion" die Priorität. Vieles spricht für die Annahme, daß davon künftig alle betroffen sind, die für die Verteidigung ihrer sozialen und demokratischen Rechte eintreten. Zwar wurde der Arbeiterbewegung zugestanden, vertretungswürdige Organisationen auf demokratischer Grundlage zu bilden, doch stehen dazu die ersten Maßnahmen der Junta im Widerspruch:

● So hob die Regierung 24 Artikel der Arbeitsgesetzgebung auf, darunter das Streikrecht, den tariflichen Abschluß von Arbeitsverträgen, die automatische Angleichung der Minimallohne an einen bestimmten Anstieg der Lebenshaltungskosten und den Schutz vor Entlassungen im staatlichen Sektor. Allerdings wurde die Erarbeitung "gesonderter Gesetzentwürfe zur Regelung des Streikrechts, der Rechte der Landarbeiter und besonderer Arbeitsstatuten" an eine Regierungskommission in Auftrag gegeben (Neues Deutschland, 4.5.1976).

● Aufgrund des Streikverbots wurden am 8. April im südargentinischen Comodoro Rivadavia sieben gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als Streikführer von einem Militärtribunal zu 3 bis 10 Jahren Verbannung abgeurteilt, was nur eine von zahlreichen bekanntgewordenen Repressionen gegen die Arbeiterbewegung ist (vgl. Afrique Asie, 3.5.1976).

Ähnliche Züge trägt auch das mit Verzögerung und nicht im Sinne des nationalistischen Flügels der Militärs verfaßte neue Wirtschafts- bzw. Stabilisierungsprogramm, das der neue Wirtschaftsminister J. Martinez de Hoz - selbst Großindustrieller und persönlicher Freund von David Rockefeller - am 7. April d.J. vorlegte (vgl. Handelsblatt, 8.4.1976 und Neue Zürcher Zeitung, 13.4.1976). Es sieht neben einer Liberalisierung der Bestimmungen für Auslandsinvestitionen, dem Abbau des staatlichen Ausfuhrmonopols erste Reprivatisierungen von Staatsbetrieben der verarbeitenden Industrien und des Bergbaus vor. Auf die Anlockung der imperialistischen Großkonzerne und die gemeinsame privatkapitalistische Ausbeutung der nationalen Ressourcen ausgerichtet ist auch die Verordnung, die Löhne einzufrieren. Angesichts einer Inflationsrate von 38% bzw. 32% im März bzw. April d.J. (die Inflationsrate der letzten 12 Monate erreichte damit 566%) und neuer Preiserhöhungen der öffentlichen Tarife kann dies nichts anderes als ein weiteres Absinken des Lebensstandards der Arbeiterklasse und einen allgemeinen Rückgang der Massenkaufkraft bedeuten (vgl. Neues Deutschland, 4.5.1976). Es ist dies ein Konzept der Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise zu Lasten der werktätigen Massen und zugunsten der in- und ausländischen Großbourgeoisie. Soziale Spannungen und besonders ein Aufbegehren des argentinischen Industrieproletariats gegen diese Art von Wirtschaftspolitik scheinen daher unausbleiblich. Ihr Verlauf wird die Handhabung der "Terrorismus"-Frage wie auch die weitere Kräfteverteilung zwischen gemäßigten Militärs und Verfechtern des offenen Faschismus in den nächsten Wochen maßgeblich bestimmen.